

178 // Januar/Februar 2014

Willkommen in Hamburgs Gefahrengebiet!

...im Zweifelsfall schießen wir scharf!

Hallo ihr Lieben!
Viel ist seit der letzten Ausgabe unseres Blättches geschehen.

Der 21.12.13 wird uns und vielen anderen noch lange im Gedächtnis bleiben. Der Austausch und die Auseinandersetzung über dessen politische und praktische Perspektive hat gerade erst begonnen und wird uns noch lange beschäftigen. Dem entsprechend viel Raum nimmt der Tag in dieser Ausgabe ein.
Wir haben einige Berichte zusammengesucht, bei denen wir die Ansichten nicht immer teilen, die aber die Ereignisse unseres Erachtens breit abbilden. Zentral muss es sein die verschiedenen Erfahrungen des Tages neben einander stehen zu lassen und erst aus dessen Zusammenfassung zu einem Ergebnis zu kommen. Der subjektive Erfolg oder Misserfolg der teilnehmenden Menschen könnte unterschiedlicher kaum sein. So gibt es zahlreiche, für die dieser Tag traumatisch und schmerzhaft war, auf der anderen Seite viele, für die dieser Tag Freude und Hoffnung darstellt. Wichtig ist es, alle diese Erfahrungen anzuerkennen und ein gemeinsames weiter zu suchen.

Vorweg: Wir hätten diese Demo sehr gerne laufen sehen! Nicht nur weil die Vorbereitung viel Kraft gekostet hat und so einige an die Grenzen des Möglichen gebracht hat, sondern auch weil wir die Menge und die Entschlossenheit gerne in einer gemeinsamen Bewegung gesehen hätten. Daran war nach den sofortigen Zusammenstößen gleich zu Beginn der Demo nicht mehr zu denken. An dieser Stelle danken wir ganz ausdrücklichen den ersten Reihen und dem Lauti-Schutz, der den durchdrehenden Bullen so lange getrotzt hat. Ohne euch hätte der werfende Teil der Militanten nicht so oft die Bullen zurücktreiben können, sondern wäre schnell von den Wasserwerfern abgeräumt worden. Extrem beschissen ist uns in diesem Zusammenhang der Bewurf der eigenen Leute durch hinten Stehende aufgefallen. Verdammt nochmal: Entweder du siehst worauf du wirfst und kannst treffen oder du lässt es!
Die Bullen reagierten extrem gewalttätig und konzeptlos auf die massive Gegenwehr und es gelang großen und kleinen Gruppen in der Folge sich im Bereich St. Pauli/Reeperbahn die Straße zu nehmen und massiven Sachschanden zu produzieren. Dabei sind viele gute Aktionen zustande gekommen; über andere werden wir diskutieren müssen.
Für die nächste Zeit müssen wir uns auf eine harte Gangart der Bullen und des Apparates einstellen.
Achtet auf euch und andere, viel Wärme den Verletzte und unverträglich bleiben!

Wir haben einen längeren Text zum europäischen Grenzregieme und zu Fluchtursachen reingenommen und hoffen, dass wir auch in diesem Jahr die Kämpfe um Bleiberecht kraftvoll fortsetzen können. Die riesigen Demos, ständigen Spontis und der Schülerstreik haben uns sehr beindruckt.
Eine längere Auswertungstext des war-starts-here-camps „Der Stachel im Filz des Löwen" mussten wir aus Platzgründen leider raus lassen; ihr könnt ihn auf der Camp Seite nachlesen (https://warstartsherecamp.org), lohnt sich!

Es knutschen euch eure Zecken und bis bald!

PS.:
Texte an uns bis zum 20.02.14 in unsere Postfächer.

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Inhalt | **Seite**

Kurzes

Veranstaltungsreihe „vom rassistischen normalzustand zum national-sozialistischen untergrund“

Fr 10.01. 19 Uhr
Die Nebenklage im NSU-Prozeß in München
mit Gül Pinar und Bilsat Top, Anwält_innen der Nebenklage

Kann die Nebenklage zur Aufklärung der NSU Verbrechen beitragen und wo stösst sie an ihre Grenzen, was sind die Hoffnungen, Wünsche und Ängste der Betroffenen. Wie gehen die Angehörigen mit den belastenden Situationen im Verfahren um.
Was wünschen sich die Familien, nicht nur vom Prozeß, sondern auch von der Stadt Hamburg und Kassel, von den Behörden und der Bundesregierung.
Gül Pinar und Bilsat Top informieren uns außerdem über den aktuellen Stand und geben uns einen tieferen Einblick in den Prozeß, sowie in die Aufgaben und Zielsetzung der Nebenklage. Kann sie helfen, den Betroffenen Gehör zu verschaffen und ihre Anliegen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.
Und in wie weit kann die Nebenklage den Prozeßablauf beeinflussen.

Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 11-12

ESSO-Häuser gehören in öffentlich-genossenschaftliche Hände

In der Nacht von Samstag auf Sonntag sind die ESSO-Häuser inkl. der Gewerberäume präventiv durch die Polizei geräumt worden. Grund waren von MieterInnen gemeldete Erschütterungen in einem der Wohngebäude. Die MieterInnen wurden notfallmäßig evakuiert und in einer Turnhalle untergebracht.
Dieser Notstand ist das Resultat einer jahrzenterlangen Vernachlässigung durch die Eigentümer. Die Logik der Investoren und der Politik, die Häuser verfallen zu lassen und auf den Abriss zu spekulieren, gefährdet die BewohnerInnen und Gewerbetreibenden. Die ESSO-Initiative hat schon vor Wochen eine Anzeige wegen Verstößen gegen das Hamburigsche Wohnraumgesetz gestellt. Diese Anzeige wurde vom Bezirksamt als nichtig erklärt.
Dieser Vorfall zeigt, dass es verantwortungslos ist, die Häuser weiterhin im Privateigentum der Bayerischen Hausbau zu belassen.
Wir fordern analog zum Gängeviertel eine öffentlich-genossenschaftliche Lösung.
Esso-Häuser St. Pauli: Es geht um die Stadt - es geht ums Ganze!

21.-23.02. Frankfurt
No Border Lasts Forever Konferenz III

Rückblicke und Perspektiven antirassistischer Bewegungen.
Vor zwei Jahren fand die letzte No Border Lasts Forever Konferenz in Frankfurt statt. Zwei Jahre andauernde Kämpfe und Veränderungen in antirassistischen und selbstorganisierten Bewegungen der Migrant_innen. Besonders hervorzuheben: der Aufstand der Flüchtlinge, der sich bundesweit und transnational (auch außerhalb Europas) in vielfältigen und starken Kämpfen und Initiativen ausdrückt.
Weitere Infos http://conference.w2eu.net

HH:"Scheißaktion: Ohr kaputt nach Böllerwurf"

Am Abend des 15.10.13, im Rahmen der nächtlichen Soli-Demo für die Lampedusa-Flüchtlinge kam es vor dem S-Bahnhof Sternschanze zu einer Konfrontation zwischen der Demo und den Bullen. In dieser Situation wurde aus einer hinteren Reihe ein Böller auf unseren Genossen M. geworfen.

Hierzu unser Genosse:
"Auf einer Demo im Oktober wurde ich verletzt.... aus den eigenen Reihen! Das Knalltrauma hat mir einen dauerhaften Hörschaden und einen Tinnitus beschert, was mich alles sehr belastet. Seitdem musste ich mich ziemlich zurückziehen, da ich Kneipen, Konzerte oder andere laute Orte nicht besuchen konnte. Die hohen Kosten für die Therapie belasten mich zusätzlich.
Ich empfinde das nicht als mein privates Problem, oder "persönliches Pech", denn erschreckend viele Genoss_innen mussten schon Erfahrungen mit "friendly fire" machen. Wer den Böller geworfen hat, hat völlig verantwortungslos gehandelt. Flaschen, Steine, Böller richten bei denen, die eigentlich damit getroffen werden sollen, dank krasser Schutzausrüstung, kaum einen Schaden an. Umso wichtiger sollte es sein, mit so etwas keine eigenen Leute zu gefährden. Aus der "Sicherheit" der achten Reihe zu werfen, ist eine feige Scheißidee! Nicht genau zu wissen was man tut, ohne Übung und Vorbereitung, ist schlicht verantwortungslos.
Ich erwarte von emanzipatorisch gesinnten Menschen, dass sie verantwortungsvoll und achtsam miteinander umgehen. Es ist notwendig, dass wieder mehr Leute eingreifen und unachtsame Genoss_innen darauf ansprechen, wenn sie andere gefährden. Ich hoffe sehr, dass es mit meinen Ohren wieder besser wird und ich durch diese Scheiße nicht mehr so belastet und eingeschränkt werde.“
Die Linke hat zu Recht von Anfang an gegen Polizeigewalt gekämpft. Menschen werden auf Demonstrationen jedoch nicht nur durch Bullen, sondern auch durch unachtsames und fahrlässiges Verhalten von Genoss_innen verletzt. Dies nimmt einen viel zu geringen Stellenwert innerhalb unserer Debatten ein! 'Friendly fire' kann im Ergebnis zu schwerwiegenden Verletzungen, Traumatisierungen und aus Angst beendetem Engagment führen.
Erfolgreiche, politisch bestimmte Militanz ermutigt und ermächtigt: kollektiv, solidarisch, kalkulierbar. Wir wollen, dass sich mehr Menschen trauen selbst zu bestimmen, welche Form von Angriff bzw. Gegenwehr sie in der politischen Auseinandersetzung wollen. Der politische Mehrwert entsteht durch das bewusste Verschieben von Grenzen- gerade auch in der gemeinsam getragenen politischen Aktion auf der Straße. Dem gegenüber sind Militanzfetischismus und die dazugehörige peinliche, meist „männliche“ Pose total kontraproduktiv. Sie führen uns taktisch nicht zum Ziel, schrecken Leute ab, verletzen, schüchtern ein, demoralisieren und werden somit eine Bedrohung unserer Politik, unserer Ziele.
Es kann einfach nicht angehen, künftig in Sachen Selbstschutz nicht nur nach vorne, sondern auch nach hinten achtgeben zu müssen - Wir dachten wir hätten andere Probleme! Unserer Meinung nach ist das Zünden von Feuerwerkskörpern in den eigenen Reihen während besonders unübersichtlicher Situationen schlichtweg dumm. Ebenso verhält es sich mit Stein- und Flaschenwürfen aus weiter Entfernung, die dann die eigenen Leute auf die Köpfe bekommen. Wir finden das ganz ehrlich zum Kotzen!
Wir möchten daher alle auffordern, mehr aufeinander zu achten und bedachter zu sein. Das bedeutet auch einzuschreiten, wenn wir Aktionen beobachten, die uns und unsere Genoss_innen gefährden. Bezieht Stellung! Auf der Demo, in den Kneipen und im Freundeskreis.

Seid solidarisch und beteiligt euch an den Behandlungskosten, die mittlerweile im vierstelligen Bereich liegen. Eine Spendendose steht im Schanzenbuchladen.

Dezember 2013 - Avanti Hamburg

Aufruf Solidarität und Widerstand gegen DNA-Sammelwahn

GÜZ-Verfahren: Termin für DNA-Entnahme steht kurz bevor! Es bleibt ernst - DNA-Abnahme soll im Januar erfolgen

Im Rahmen von Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit dem WarStartsHere-Camp 2012 läuft ein Verfahren gegen 6 Personen wegen versuchter „Sabotage an Wehrmittel". Nun bekam unser Freund und Genosse am 23.12. Post vom Amtsgericht Stendal, dass er am 27.12.13 um 10h zur DNA-Abnahme in Form einer Speichelentnahme ins Polizeirevier Salzwedel kommen soll. Aufgrund fehlender Kapazitäten der Behörden zwischen den Feiertagen wurde der Termin auf Anfang Januar verschoben.

Unser Freund wird die DNA-Abnahme entschieden verweigern! Auch hier gilt „Anna und Arthur Haltens Maul"!

Wir wollen ihm dabei solidarisch zur Seite stehen und den Repressionsorganen unseren Widerstand entgegensetzen!

Also, zeigt euch solidarisch und widerständig. Werdet kreativ – Kommt am Tag X nach Salzwedel! Achtet auf Ankündigungen, der Termin wird nach Bekanntgabe auf Indymedia Linksunten veröffentlicht!

DNA-Abnahme bald als Standard?

Die Forderungen nach DNA-Abgabe der 6 Antimilitarist_innen sind kein Einzelfall. (Nicht nur) in der linken Szene sind immer mehr Leute mit der Aufforderung konfrontiert, ihre DNA abzugeben. Fingerabdrücke und Fotos sind staatlichen Behörden lange nicht mehr genug, der Datensammelwahn bezieht sich immer mehr auch auf die DNA. Ob bei Kapitalverbrechen wie Mord oder auch bei einfachen Einbrüchen oder Diebstählen- bei jeder sich bietenden Gelegenheit werden DNA-Abnahmen angesetzt und oftmals auch durchgeführt.

Nicht nur die Datenbanken des BKA werden dadurch immer voller, europaweit wird die Vernetzung der DNA- Datenbanken immer weiter voran getrieben. Der Vertrag von Prüm ist ein Vertrag zwischen mittlerweile 11 EU-Mitgliedsstaaten und Norwegen und trägt offiziell den vielsagenden Namen „Vertrag über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration". Polizei- und Strafverfolgungsbehörden haben somit die Möglichkeit auf sämtliche vernetzte DNA- Analyse-Dateien zugreifen.

Auch in politischen Prozessen werden DNA- Entnahmen immer mehr zum Standardverfahren - ein Grund mehr ein paar Sätze dazu zu schreiben.

DNA-Entnahmen entschieden verweigern!

Veranstaltungsreihe Antinationale Trilogie

Die Gruppe gegen Kapital & Nation Hamburg veranstaltet 2014 „Die Antinationale Trilogie".

Im Rahmen dieser Reihe soll die Begründung des Slogans Staat.Nation.Kapital.Scheiße. geliefert werden. Wir wollen mit euch diese Begriffe erklären und diskutieren. Die Reihe ist besonders für Einsteiger_innen geeignet.

Die Veranstaltungen finden jeden zweiten Donnerstag statt, immer um 19.00 in der Roten Flora. Danach wird es wie jeden Donnerstag die Unräumbar geben

09.01.
Der Kapitalismus - Zur Kritik von Eigentum, Lohnarbeit und Kapital

Jeden Tag sterben Menschen an Hunger. Jeden Tag wird tonnenweise Essen vernichtet. Jeden Tag stehen Häuser leer. Jeden Tag schlafen Menschen auf der Straße. Jeden Tag wird Geld mit Altersversicherungen verdient. Jeden Tag leiden alte Menschen Armut. Jeden Tag gehen Leute arbeiten. Jeden Tag verdienen andere Geld damit. Armut und Elend sind keine Ausnahmen in dieser Gesellschaft, sondern gehören notwendig dazu. Um das zu zu erklären, wollen wir uns anhand der Diskussion eines Thesenpapiers die Begriffe Eigentum, Tausch, Kapital und Lohnarbeit aneignen. Dabei soll auch erklärt werden, warumdu nicht deines Glükkes Schmied bist und nicht die bösen Bonzen, sondern das Kapital als Produktionsverhältnis das Problem ist.

13.02.
Der Staat:

Der Staat wird sich oftmals als väterlicher Heilsbringer, als Werkzeug oder auch als Verdichtung von Kräfteverhältnissen gedacht. Nicht nur in der politischen Rechten, sondern auch in der Linken gibt es viele, die entweder auf den Staat hoffen, ihn beeinflussen wollen, oder gar selbst führen.

Auf dieser Veranstaltung wollen wir uns einem Begriff des Staats annähern. Dabei wird an die erste Veranstaltung angeknüpft, wobei die Teilnahme an jener nicht vorausgesetzt wird. Im ersten Teil des Abends wird es vor allem um das Verhältnis ökonomischer Interessengegensätze und staatlicher Souveränität und bürgerlichem Recht gehen. Im zweiten Teil des Abends werden wir uns dem staatlichen Interesse an der Wirtschaft widmen und der Frage nachgehen, warum Staatshandeln und Kapitalinteressen so gut zusammengehen, und warum sich die Parteienlandschaft als plurale Einheitspartei darstellt.

Dabei wird es natürlich auch immer um Ideologien über den Staat gehen, und zwar, indem wir sie widerlegen.

13.03.
Die Nation und ihre permanente Mobilmachung

Wenn besorgte Bürgerinitiativen 2013, die Pogromstimmung der 90er wiederaufkommen lassen. Wenn deutsche Gewerkschaften Sozialpartnerschaft statt Klassenkampf betreiben. Wenn deutsche Studenten, wegen dem Allgemeinwohl und nicht wegen ihrer Geldbörse gegen Studiengebühren sind. Wenn Merkel „gemeinsam erfolgreich" sein will. Wenn die Bild und ihre Leser gegen Pleitegriechen hetzen. Wenn Nazis auf die Hatz gehen. Wenn Gauck eine Eiche pflanzt und Sarrazin ein Buch schreibt. Wenn sich der Diskurs immer um Deutschland dreht.

Dann ist das Nationalismus.

Nationalismus ist das „Ja!" zu Volk und Vaterland, zu Standort und Staat. Nationalismus ist die ideologische Formierung eines „Wir", eines Kollektivs aus Proletariat und Bourgeoisie, aus Mob und Elite, die mystische Gemeinsamkeit der Konkurrenten. Es ist die identitäre Bewältigung des realen Gegensatzes der atomisierten Individuen, die im staatlichen Zwangskollektiv eine brüderliche Blutsbande oder eine andere angeblich vorstaatliche Schicksalsgemeinschaft finden.

Dagegen wollen wir die Kritik am Volk als nationalem Zwangskollektiv und Klassengesellschaft, am Staat als ideellem Gesamtkapitalisten und an der Zustimmung dazu als notwendig falschem Bewusstsein ausführen.

Mehr Infos zu Gruppen gegen Kapital & Nation: www.gegner.in

*

Demo 21.12.

Fettes Dankeschön von der Roten Flora an alle Aktivist*innen, die am 21.12 in Hamburg waren Dankeschön!
Auch wenn die Demo nicht in der geplanten und von uns gewünschten Form stattfinden konnte, wollen wir uns bei allen Unterstützer*innen für ihren Einsatz bedanken.
Wir sind begeistert, dass so unglaublich viele Menschen sich mit uns, der Geflüchteten-Bewegung und den Bewohner*innen der Esso-Häuser solidarisiert haben.

Unsere Solidarität gilt besonders den vielen Verletzten und Verhafteten. Wir haben grossen Respekt davor, dass ihr der Brutalität der Polizei so lange standgehalten und euch nicht einschüchtern lassen habt.

Wir sind begeistert, dass unsere Genoss*innen von Recht auf Stadt, es geschafft haben, so lange das Schulterblatt zu halten und zusätzlich eine spontane Kundgebung an den Esso-Häusern abzuhalten. Ebenso großes Dankeschön an die Leute, die in der Innenstadt und im gesamten Stadtgebiet unterwegs waren, um ihren Protest und Unmut Ausdruck zu verleihen.

Unser Dank gilt auch den Strukturen (EA, Sanis und Prisoner-support), die die Demo und den Tag ermöglicht und unterstützt haben.

Wir machen weiter! Flora bleibt!

Plenum der Roten Flora
23.12.13

Polizei greift große Solidaritätsdemonstration mit über 10.000 Menschen an

Am heutigen Nachmittag hat sich die Linie der Hamburger Innenbehörde durchgesetzt, angemeldete Versammlungen unmöglich zu machen. Nachdem im Vorfeld ein Gefahrengebiet für die gesamte Innenstadt ausgerufen wurde, ist der Demonstration bereits bevor sie los ging, ein Teil der zuvor genehmigten Route verboten worden. Die Zwischenkundgebung zu den Esso-Häusern auf der Reeperbahn sollte nur am Millerntorplatz stattfinden und die Demo über die menschenleere Glacischaussee verkürzt werden.

Als die Demonstration schließlich mit ca. 15 minütiger Verspätung gestartet ist, wurde sie von einer auf die Demonstrationsspitze zulaufenden Polizeieinheit gewaltsam gestoppt. Die folgende Eskalation war offenbar politisch gewollt, um die Durchführung der Bündnisdemonstration gänzlich zu unterbinden. Die Teilnehmer_innen versuchten die Demonstration aufrecht zu halten und einen geordneten Demonstrationszug zu entwickeln. Auch die Demoleitung wurde durch Einsatzkräfte der Polizei stark behindert. In der Folge kam es durch den massiven Einsatz von Schlagstöcken, Pfefferspray und Wasserwerfern zu zahlreichen Verletzten. Die Polizei löste die Versammlung nach kurzer Zeit eigenmächtig aus.

Von dem trotz mehrerer Angriffe ausharrenden Teil der Demonstration, u.a. auch dem bunten Paradeblock „Recht auf Stadt kennt keine Grenzen", wurde wiederholt versucht, eine neue Demonstration anzumelden. Nach Unstimmigkeiten im Polizeiapparat intervenierte schließlich die oberste Einsatzleitung und untersagte die Genehmigung jeglicher weiterer Demonstrationen. Die polizeiliche Eskalation folgt nach unserer Einschätzung dem politischen Kalkül, mögliche Proteste aus der Innenstadt fernzuhalten.

Wir werten die große Anzahl der Teilnehmer_innen als Erfolg. Das Agieren der Polizei hingegen stellt den skandalösen politischen Versuch dar, das Versammlungsrecht auszuhebeln und die politische Auseinandersetzung um die Rote Flora, die Esso-Häuser und das Bleiberecht von Refugees hinter Rauchschwaden und Wasserwerfern unsichtbar zu machen.
Nach wie vor ist die Situation der Refugees, der Esso-Häuser und der Roten Flora ungeklärt. Das Verhalten der Innenbehörde ist das deutliche Signal, dass der Senats unter Führung von Olaf Scholz an einer harten Linie in sozialpolitischen Konflikten in Hamburg festhält. Wir halten an einem anderen Bild von Stadt und Gesellschaft fest. Die stadtpolitische Entwicklung ist ein Prozess, der von allen gestaltet werden muss. Ein uneingeschränktes Bleiberecht gehört ebenso dazu, wie selbstbestimmte und solidarische Initiativen. Demonstrationen und Proteste sind wichtige Bestandteile einer emanzipatorischen Weiterentwicklung. Für eine solche werden wir auch in Zukunft auf die Straße gehen und Einschränkungen des Versammlungsrechtes nicht als Normalzustand akzeptieren.

Pressegruppe der
Demonstrationsvorbereitung
21.12.2013



Von der Schanze bis zur Reeperbahn

Die Bullen sind Schweine. Sich daran abzuarbeiten, ist ebenso überflüssig wie sinnlos. Es geht lediglich um die Frage, wie ihr Handeln effektiv bekämpft und eingegrenzt werden kann. Die Erfahrung der Ohnmacht hat sich tief eingegraben in den Köpfen der Bewohner des Empires – auch in jenem Teil der Population, der sich die Aufhebung des Bestehenden zum Ziel gesetzt hat. Ein beträchtlicher Teil davon hat sich am 21.11. in Hamburg versammelt. Wir wollen einige erste Überlegungen und unvollständigen Beobachtungen veröffentlichen, um einen Beitrag zu Debatte darüber zu leisten, wie wir diese Ohnmacht in unser konkreten Praxis überwinden können.

Das Schanzenviertel ist der denkbar schlechteste Ort, um sich erfolgreich gegen einen Gegner behaupten zu können, der Zeit genug hat, sich vorzubereiten und seine Einheiten in großer Anzahl auf die Straße schicken kann. Das haben die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt. Wenn es in der Schanze zu dynamischen Entwicklungen gekommen ist, bei denen die Bullen zu mindestens temporär nicht die volle Kontrolle über die Situation hatten, waren es fast immer spontane Mobilisierungen und die Bullen waren nur maximal mit wenigen Hundertschaften im Einsatz. Im Gegensatz zu uns, werden die Erfahrungen in der Aufstandsbekämpfung bei den Bullen seit Jahrzehnten systematisch ausgewertet und entsprechende Schlüsse daraus gezogen. Der Ablauf des 21.12. hat gezeigt, dass die Taktik der Bullen im Schanzenviertel auch dann aufgeht, wenn ihnen mehrere tausend Menschen gegenüber stehen, die bereit sind, sich offensiv gegen den Terror der Bullen zu behaupten.
Ob es von Anfang an der Plan der Bullen war, die Demo vor der Flora schon direkt anzugreifen, ist fraglich. Dagegen spricht, dass die ersten Einheiten, die der Demospitze entgegen liefen, erst in Eile ihre Helme aufsetzen mussten. Auch waren die beiden zuerst eingesetzten WaWes ebenso wie die dann den frontalen Angriff vollziehenden Hundertschaften so aufgestellt, wie es für eine einschließende Begleitung Sinn ergeben würde. Auch wenn die Bullen dann vermutlich improvisieren mussten, waren sie in der Lage, die gesamte Demo mit fast 10.000 Menschen innerhalb kürzester Zeit komplett einzuschließen. Im Endergebnis macht es also überhaupt keinen Unterschied, ob es der geschaffene Kessel von vornerein geplant war oder nicht. Aufgrund der räumlichen Situation und der Erfahrung der Bullen mit "polizeilichen Lagen" in der Schanze war es möglich, diese Demo mit dem größten autonome Block seit G8 Rostock mit ungefähr 10 Hundertschaften komplett zu kontrollieren.
Den Bullen wurde von Anfang an entschlossener Widerstand entgegen gesetzt. Obwohl es schwierig war, in dieser Situation genug Material zu organisieren, mussten sich die Eliteeinheiten mehrmals zurückziehen, weil der Bewurf so massiv war. Einzelnen Bullen war die aufkommende Panik deutlich anzumerken, einige wurden so schwer verletzt, dass sie nicht weiter Menschen zusammenschlagen konnten. Allerdings hatten sie den Vorteil, dass aufgrund der räumlichen Enge nur wenige Menschen überhaupt in der Lage waren, sich gegen die Bullen zu engagieren. Die Meisten waren in der Masse eng zusammengedrängt, besonders vor der Haspa gab es einige Situationen, in der die Leute kaum noch Luft bekamen, weil von hinten nach vorne gedrückt wurde, während die Bullen immer wieder frontale Angriffe fuhren. Nur der Entschlossenheit der Leute vorne, die die Bullen immer wieder zurückschlugen, war es zu verdanken, dass es an dieser Stelle keine Massenpanik mit schlimmeren Folgen gab, bei der Leute einfach erdrückt worden wären.
Erst mit dem erfolgreichen Aussickern aus dem Kessel, das sich mühselig über lange Zeit hinzog und nur in kleineren Grüppchen möglich war, gelang es wieder, Initiative an diesem Tag zu gewinnen. Rund um eine spontane Protestaktion von Recht auf Stadt auf der Reeperbahn konnten sich nach und nach aktionsbereite Gruppen auf St. Pauli sammeln. Hier waren die Bullen häufig völlig überfordert.



Die Reeperbahn mit Weihnachtsmarkt und viele Passanten, unzählige Seitenstraßen und dunkle Ecken, sowie viele potentielle Angriffszielen boten ein Terrain, auf dem unkontrollierte Räume geschaffen werden konnten.
Dabei geschah weitaus mehr, als in den Medien und über die Ticker berichtet. Etliche Scheiben von Banken, großen Geschäftsketten, Ämtern und Nobelhotels wurden eingeworfen, zahlreiche Seitenstraßen mit Baumaterial versperrt. Teilweise waren größere Mobs unterwegs, die systematisch in Ruhe stabile Barrikaden errichteten, teilweise wurde spontan in loser Zusammensetzungen schnell etwas auf die Straße gezogen. Kleinere Bulleneinheiten zu Fuß wurden durch die Straßen gejagt, später dann auch eine größere Anzahl von Wannen mit Minuten langen Steinbewurf vor sich hergetrieben. Erst mit dem Einsatz von drei Wawes, die mit hoher Geschwindigkeit durch die Straßen rasten und sofort Wasser gegen die Menge einsetzen, konnten die Bullen verhindern, dass sich weiterhin große Mobs geschlossen durch die Straßen bewegten. Trotzdem gab es immer wieder weitere kleinere Demos, weiteren Barrikadenbau und natürlich die vielen Leute, die trotz etlichen Bullenangriffen weiter auf der Reeperbahn ausharrten. Eine Demo mit um die 500 Leuten, bunt zusammengesetzt, die am späten Abend von der Reeperbahn in Richtung Schanze zog, dabei weiterhin Hindernisse errichtete und Bullen angriff, wurde dann aufgerieben.

Das Dilemma des 21.12. ist hausgemacht. Die maßgeblich die Demo vorbereitenden Gruppen haben sich zu sehr auf den politischen Diskurs in Hamburg fokussiert, taktische Fragen scheinen in den Überlegungen über den Ablauf des Tages keine größere Rolle gespielt zu haben. Es ging wohl

eher um Orte der politischen Symbolik: Flora, Esso Häuser, Centro Sociale, Innenstadt, als um die Frage, wie der Tag konkret aussehen soll. Dies hat sich gerächt. Die Kesselung der Demo war so nur im Schanzenviertel möglich, was an einem anderen Ort möglich ist, hat der Abend auf St. Pauli gezeigt. Die Ansage Innenstadt nach der Demo ist unverantwortlich, wenn es keine konkreten Vorstellungen und Planungen in Bezug darauf gibt, wie Mensch mit Eventualitäten umgeht. Nach dem Verbot der Kundgebungen in der Innenstadt gab es als Reaktion nur noch verzweifelt zu nennende Klagen vor den Verwaltungsgerichten, wie eine solche Naivität von Leuten aufzubringen ist, die wohl keine Illusion über das System hegen, verwundert uns. Wer sich dann in die Innenstadt aufgemacht hat, wurde von den Bullen, auch mit Reiterstaffeln, gejagt und gekesselt, laut Medienberichten sollen bei der einzigen militanten Aktion gegen eine Bank in der Innenstadt alle Beteiligten festgenommen worden sein.
Jenseits aller Polemik muss vielleicht auch thematisiert werden, inwieweit die "üblichen Netzwerke" in Hamburg rund um die Flora und Recht auf Stadt mit der Organisierung eines solchen Tages auch einfach deshalb überfordert sind, weil sie jenseits aller solidarischen Haltung gegenüber militanten Aktionen einfach nicht Teil einer aufständischen Praxis sind.



Die Kritik muss aber auch uns selber gelten. Zu viele sind mit einer Konsumhaltung nach Hamburg gefahren. Jenseits von Vermummung und Pyro gab es wenig konkrete Vorbereitungen, so braucht es z.B. aufgrund des kaum vorhandenen Kleinpflasters entsprechendes Werkzeug, um Material zur Verfügung zu haben. Auch haben sich angesichts der hohen Anzahl von Angereisten nur erschreckend wenig Leuten am Abend militant engagiert, hier wäre viel mehr möglich gewesen. Ortskenntnisse sind ebenso wie Kommunikationsstränge vorher organisierbar. Teilweise haben wir auch Menschen, die nicht der Szene zuzuordnen sind, weitaus mutiger erlebt, wenn die Bullen aufgetaucht sind, als viele Grüppchen, die im blac bloc style unterwegs waren und anscheinend eher zum Gaffen und für den Event nach Hamburg gefahren waren.

Die Mobilisierung nach Hamburg fanden wir in dieser Größe erstaunlich. Schon lange nicht mehr sind jenseits von Antifageschichten wie Dresden so viele Menschen aus den antagonistischen Strömungen zusammengekommen. Ohne die seit vielen Wochen in Hamburg laufenden konkreten Kämpfe um LampedusaHH, Recht auf Stadt und Flora wäre dies nicht passiert. Es scheint ein Bedürfnis zu geben nach einer sozialen Praxis, die die tagtäglichen Ohnmachtserfahrungen aufbricht und den Raum aufmacht, sich in der konkreten Erfahrung auf der Straße zu treffen. Wie dafür die Bedingungen geschaffen werden können, dass die Bullen diese Ansätze nicht wieder unter totale Kontrolle bekommen, muss selbstkritisch diskutiert werden.

Unsere Grüße gelten:

- Den Leuten rund um den Recht auf Stadt Block, die sich über Stunden von den Bullen nicht haben einmachen lassen - über alle politischen Unterscheide hinweg, dafür lieben wir Euch
- Den Leuten aus der Flora, deren Sicht auf viele Dinge wir nicht teilen, die aber konsequent und langatmig "ihr Projekt" immer wieder in die Waagschale werfen, um den Frieden im Empire ein wenig brüchiger werden zu lassen
- Den Leuten, die alleine, zu zweit, zu fünft oder zu zweihundert Barrikaden errichtet, Bullenschweine bekämpft und Symbole des Systems entglast haben
- All jenen, die zwar unsere militante Praxis nicht teilen, aber sich solidarisch verhalten und sich der Repression der Bullen widersetzt haben
- Den Leuten von der mobilen Suppenküche, den vielen, die Verletzte versorgt und getröstet haben
- All jenen, die sich um die Infrastruktur im Netz, auf der Straße oder wo auch immer gekümmert haben
- Den Leuten, die am späten Abend noch zur GeSa gezogen sind, dafür auch nochmal von den Bullen auf die Fresse bekommen haben, trotzdem bis zum frühen Morgen ausgeharrt haben, um die Leute in Empfang zu nehmen, die entlassen wurden

Und besonders allen, die von den Bullen zusammengeschlagen, mit Reizgas misshandelt, eingekesselt und festgenommen wurden

Aufruf an Verletzte und Zeug_innen #hh2112

Wir bitten alle, die durch die Polizei am 21.12.2013 schwer verletzt wurden – insbesondere die, die aufgrund der Verletzungen ins Krankenhaus mussten – sich bei uns zu melden. Zudem bitten wir alle Zeug_innen sich ebenfalls mit uns in Verbindung zu setzen.
Wenn ihr uns eine Mail schickt, tut dies bitte ausschließlich verschlüsselt!
Wir können auch Briefe bekommen. Wenn ihr könnt gebt diese zur Sicherheit möglichst direkt im Infoladen Schwarzmarkt ab.
Kontaktdaten und Schlüssel findet ihr auf unserem blog.

http://eahh.noblogs.org
Ermittlungsausschuss Hamburg
31.12.2013



Gegen die Putinisierung der Hamburger Politik!

Stellungnahme aus dem Netzwerk Recht auf Stadt zur Polizeistrategie am 21.12.2013

In Hamburg ist am vergangenen Samstag das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) suspendiert worden: Die seit Wochen angemeldete Demonstration für den Erhalt von Flora und Esso-Häusern sowie für ein Bleiberecht für Flüchtlinge wurde von der Polizei unmittelbar nach dem Start gestoppt und schließlich für aufgelöst erklärt. Die Polizei setzte damit die Eskalationsstrategie im Vorfeld der Demo fort, an der sich auch Politik und Medien beteiligt hatten. Es liegen uns verschiedene Zeugenberichte und Videodokumente vor, nach denen nicht nur der Demonstrationszug grundlos unter der Bahnbrücke am Schulterblatt gestoppt wurde - ohne dass zuvor Gegenstände geflogen wären, wie von der Polizei behauptet -, sondern sich Einsatzleiter der Polizei zufrieden zeigten und erklärten, alles sei "nach Plan" verlaufen. Das ist ein Skandal, der an die Jahre des Schwarz-Schill-Senats erinnert.

Versuche des Demoblocks "Recht auf Stadt kennt keine Grenzen", anschließend vor Ort eine neue Demo anzumelden, lehnte die Polizei ab - und setzte damit das Recht auf Versammlungsfreiheit willkürlich außer Kraft. Wir vermuten angesichts der – ausführlich im Netz dokumentierten – Einsatzstrategie, bei der immer wieder kleine Polizeistoßtrupps an verschiedenen Stellen die Demo bedrängten, auf sie einschlugen und aus nächster Nähe Menschen mit Pfefferspray attackierten: Die folgende Eskalation in verschiedenen Stadtteilen war entweder von der Innenbehörde oder von einer wildgewordenen Polizeiführung politisch gewollt. Offensichtlich beabsichtigt man, eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Problemfeldern Esso-Häuser, Rote Flora und Lampedusa-Flüchtlinge in den Hintergrund zu drängen.

Einigen Teilnehmer_innen von "Recht auf Stadt kennt keine Grenzen" gelang es dennoch, am frühen Abend eine spontane Kundgebung an den Esso-Häusern durchzuführen, an der rund 700 Demonstrant_innen teilnehmen konnten. Sie ließen sich durch den Einsatz von Pfefferspray seitens der Polizei nicht provozieren, so dass die 90-minütige Kundgebung ohne weitere Zwischenfälle stattfand.

Dieser späte Erfolg kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Ereignisse vom Samstag ein Nachspiel haben müssen. Die Bürgerschaft muss von der Innenbehörde Aufklärung über die Einsatzstrategie der Polizei verlangen. Die Hamburger Medien müssen ihre Rolle in der Berichterstattung rund um die verhinderte Demo überdenken, die sich unkritisch auf Bulletins der Polizei und auf Agenturmeldungen stützte und sämtliche Demonstrant_innen pauschal kriminalisiert hat.

Was wir am Samstag erlebt haben, ist eine Putinisierung der Hamburger Politik: Offensichtlich geht es darum, Kritiker_innen der Senatspolitik mit willkürlicher Polizeigewalt politisch zu demütigen. Falls die Polizeigewerkschaften ihre Rolle als Interessenvertreter der "einfachen" Polizistinnen und Polizisten ernst nehmen, müssen sie jetzt ein paar kritische Fragen zu dieser Art von eskalierender Zero-Tolerance-Strategie stellen, für die ihre Kolleg_innen verheizt worden sind.

Klar ist auch: Ein "Weiter so" seitens Senat und Bezirken ist nach Samstag nicht mehr möglich. Die investorenfreundliche Politik des Unternehmens Hamburg, die Repression gegenüber Flüchtlingen und die Missachtung der Bewohner_innen in der Stadtplanung müssen ein Ende haben. Solange hier ein Umdenken nicht erkennbar ist, werden wir unseren Protest auch 2014 vielfältig auf die Straße tragen.

Die Stadt gehört allen.
Recht auf Stadt kennt keine Grenzen.

Vorbereitungsgruppe des Demoblocks "Recht auf Stadt kennt keine Grenzen" und Aktivist_innen aus dem Netzwerk Recht Auf Stadt









Schornsteinbesetzung Bleicherstraße 14

Dieses war der erste Streich,
Doch der zweite folgt sogleich.

Am Freitag den 25.10.2013 haben wir den Schornstein der alten Hufschmiede Bleicherstraße 14 in Hamburg besetzt, um unserer Stimme im Kampf gegen die rassistischen Verhältnisse Gehör zu verschaffen. Die Besetzung dauerte 39 Stunden an, bis wir uns selbstbestimmt entschlossen, die Aktion zu beenden. Unser Dank gilt allen UnterstützerInnen.
Warum nur einen Schornstein und nicht das ganze Haus:

Wir haben mit der Schornsteinbesetzung bewusst auf eine Aktionsform zurückgegriffen, die nicht alltäglich ist, um zu verdeutlichen, wie vielfältig Protest sein kann und um einen Ort zu schaffen, an dem sich Menschen versammeln und einen Anlaufpunkt für weitere Proteste finden können. Zudem haben wir uns in eine Position gebracht, in der unsere Stimme gehört werden kann und in der die Polizei machtlos war, eine schnelle Räumung durchzuführen. Auch das bestellte BFE der Hamburger Polizei konnte die Besetzung nicht beenden und musste, nach 2 Stunden Kopfzerbrechen im Hinterhof, resigniert abziehen. Zudem verweigerte die Feuerwehr ihre Hilfe. So gelang es uns 2 Tage und 2 Nächte auf dem eingerüsteten Schornstein zu verbringen, bis wir in den frühen Stunden des Sonntagmorgen (27.10.2013) selbstbestimmt und mit dem Wissen im Gepäck, dass wir die Polizei an ihre Grenzen gebracht und ein starkes Zeichen gesetzt haben, den Abstieg beschlossen. Dies geschah auch, da sich die Witterungs- und die Windverhältnisse ändern sollten. Der Abstieg erfolgte ohne jede Personalienfeststellung. Während der ganzen Aktion zeigten sich auch die AnwohnerInnen solidarisch und schickten Kaffee und Gebäck per Seilzug hoch zur Schornsteinspitze. Vielen Dank an dieser Stelle.

Mehrmals kam es während der Besetzung zu gewaltsamen Übergriffen der Polizei gegen UnterstützerInnen im Bereich Bleicherstr./Wohlwillstr./Clemens-Schulz-Str. bei denen Leute Verletzungen durch das harte Eingreifen erlitten. Zudem wurden einige Festnahmen durchgeführt.

Wir möchten außerdem dazu aufrufen, den Protest gegen die rassistische Politik des Hamburger Senats auf allen Ebenen weiterzuführen, wenn möglich noch zu verstärken und dabei auf vielfältige und kreative Aktionsformen zurückzugreifen. Es gibt unendlich viele Möglichkeiten sie zu überraschen, zu schwächen und aus der Reserve zu locken. Tragt eure Wut auf die Straße und überall dorthin, wo es ihnen weh tut.

Abschließend viele solidarische Grüße an die Gruppe Lampedusa in Hamburg, sowie alle Geflüchteten überall. Haltet durch.

Maxime & Moritz

Dieser Text wurde mehrmals vom Schornstein, sowie per Liveübertragung auf den beiden großen Demos des Wochenendes, verlesen:

Wir haben heute den Schornstein der Hufschmiede im Innenhof der Bleicherstr.14 besetzt!
Für uns geht es nicht um Leben oder Tod, wie für die meisten Fluchtsuchenden, die Europa erreichen.
Gerade deswegen wollen wir heute mit unserer Entschlossenheit ein weiteres Zeichen setzen im Widerstand gegen diese Verhältnisse!
Es ist unerträglich wie mit Menschen umgegangen wird, die aus Krieg und Elend heraus für eine bessere Perspektive ihr Leben riskieren müssen und hier dann schlechter behandelt werden als so mancher Großstadtpudel.
Keine Spur von Gastfreundschaft, keine Spur von Verantwortungsbewußtsein für Menschen in einer Notlage,
das Menschliche als Mikrokosmos, getragen von Wenigen.

Die rassistischen Kontrollen der letzten Tage enthüllen nur das wahre Gesicht der hier Herrschenden und dieser regiden menschenverachtenen europäischen Flüchtlingspolitik.
Das Hamburger Tor zur Welt wird so schnell zum Tor zur Hölle!

Der starke Protest der letzten Tage hat für die nötige Öffentlichkeit sorgen können, der Mut der Lampedusa-Gruppe nicht auf scheinheilige Angebote einzugehen verstärkt die Solidarität.
Der Druck auf die Politik nimmt zu und wir wollen mit dieser Aktion dazu beitragen, diesen weiter zu erhöhen.
Leider zeigen die letzten Wahlen sehr deutlich, welche Politik hier gewollt wird.
Das genau diese Politik erst tausendfaches Elend produziert und ein Großteil unseres Reichtums auf Kosten anderer entsteht, wird dabei billigend in Kauf genommen.
Eine Stadt, die sich auf der einen Seite immer mehr auf den internationalen Tourismus ausrichtet, millionenschwere Prestigeprojekte vorantreibt, auf der anderen Seite nicht bereit ist, 300 libyschen Flüchtlingen nach §23 ein Aufenthaltsrecht zu ermöglichen, ja nicht einmal die grundlegenste humanistische Versorgung garantieren möchte, hat aus der unsäglichen Geschichte des Faschismus nichts gelernt.
Schämt euch und erspart allen eure verlogene Trauer über die zuletzt Ertrunkenen vor Lampedusa!
Fremdenhass wird von dieser Politik ebenso geschürt, wie die gnadenlose Gentrifizierung ganze Bevölkerungsschichten verdrängt.
Allen Nutzlosen, Überflüssigen und Geflohenden wird sehr deutlich gemacht: Verpisst Euch!

Auch der Prokorist Markus Schreiber und sein Chef Eckardt von Seydlitz, als Eigentümer der Hufschmiede, stehen für genau diese Politik.

Doch die, die das Leben lieben,
denen es nicht egal ist wie mit Fremden in diesem Land und Europa umgegangen wird, werden weiterhin Widerstand leisten, egal wo und wie!

Wir haben uns in eine Position gebracht, in der unsere Stimme gehört werden kann und wir
nicht gleich aufs Maul kriegen können.
Wir bleiben so lange wie wir können um deutlich zu machen:

Schluss mit den rassistischen Kontrollen!
Bleiberecht für alle die es brauchen und wollen!
Schluss mit der Menschenverachtenen Politik!
Schluss mit den Luxussanierungen und dem ganzen Gentrifizierungsscheiß!
Für mehr Besetzungen!
Flora bleibt sowieso!

Solidarität tut gut!

Aktuelle Infos zum RAZ-Verfahren

+++ Generalbundesanwalt und Verfassungsschutz verschicken Briefe zur Kommunikationsüberwachung +++ Eine zwangsweise durchgeführte DNS-Entnahme +++ Eine DNS-Entnahme anhängig +++ weitere zwei verdeckte DNS-Entnahmen +++ bisher 13 DVDs mit Akten +++ umfangreiche Überwachungsmaßnahmen (Observationen, SMS, Handy, Internet) +++ ein Genosse aufgrund einer vorherigen Verurteilung im Knast +++Benachrichtigungen zur Kommunikationsüberwachung

Als verfrühtes Weihnachtsgeschenk verschickte die Bundesanwaltschaft und der Verfassungsschutz Briefe im Zusammenhang mit dem RAZ-Verfahren. In den Briefen werden die Adressaten darüber benachrichtigt, dass sie in einem bestimmten Zeitraum (meist 2010-2011) überwacht worden sind.
Neben Telefonaten mit einem oder einer der Beschuldigten wurde auch teilweise über die Beteiligung an Personenobservationen benachrichtigt, sowie über die Öffnung von Briefen und E-Mails.
Mit den Briefen wurde offensichtlich, dass nicht nur die direkt Beschuldigten von den Maßnahmen erfasst wurden, sondern sowohl Bündnistreffen, als auch Personen, die mit einem/einer der Beschuldigten Kontakt hatten umfangreich ausgeforscht worden sind.

DNS

Seit Ende November ist in Berlin die zweite DNS-Entnahme in dem Verfahren anhängig. Dem Beschuldigten wurde für Ende November ein Termin zur Entnahme zugestellt, den er nicht wahrgenommen hat. Für den Tag der Entnahme (Tag X) wird für eine Kundgebung und Soliaktivitäten mobilisiert.
Am 19. September fand im Rahmen der Ermittlungen in Stuttgart die erste zwangsweise durchgeführte DNS-Entnahme statt. Die DNS-Entnahme war seit Anfang September richterlich angeordnet und da der Beschuldigte zur Vorladung in der Woche zuvor nicht erschienen war und dieser sich weigerte seine DNS "freiwillig", in Form einer Speichelprobe, abzugeben wurde er ins Krankenhaus zur Blutentnahme gebracht.
Angeordnet wurden die DNS-Entnahmen aufgrund einer Observation eines Beschuldigten, der angeblich Papiere in einen Mülleimer geworfen haben soll, an denen eine männliche DNS-Spur gefunden worden sein soll. Die Observation hat im Rahmen einer Aktion der Revolutionären Aktionszellen im April 2011 gegen die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und das Amtsgericht Wedding-Außenstelle Mahngericht stattgefunden.
Aus den Akten geht hervor, dass es in Berlin und in Stuttgart bereits im Oktober 2010 bei zwei Beschuldigten zu verdeckten DNS-Entnahmen kam: So wurde im Auftrag des BKA im Rahmen einer Observation ein Zigarettenstummel aufgesammelt, der angeblich einem Beschuldigten zuzuordnen sei. Eine Woche später wurde in Stuttgart bei einer zweiten Person im Rahmen einer Fahrzeugkontrolle ein Drogentest verlangt und eine Blutprobe entnommen, welche später durch das BKA angefordert wurde, jedoch bislang nicht verwendet werden durfte.
Zwei weitere Beschuldigten mussten ihre DNS bereits in der Vergangenheit im Zusammenhang mit früheren Ermittlungen und Verurteilungen abgeben.
Diese Beispiele zeigen, zusammen mit den zahlreichen zwangsweise durchgeführten DNS-Entnahmen in anderen Fällen, dass diese Repressionsmaßnahme immer geläufiger wird. Beispiele dafür sind die Entnahmen in der Rigaer Straße, die DNS Entnahmen in Finsterwalde wegen eines Brandanschlags in der Nähe von Dresden, bei dem 44 Bundeswehrfahrzeuge und ein Bundeswehrhangar unbrauchbar gemacht wurden, sowie in Stuttgart im Zusammenhang mit den zentralen Feierlichkeiten zum Tag der deutschen Einheit.

Die Absicht ist klar: Es sollen möglichst viele Daten präventiv gesammelt und gespeichert werden, um auch zukünftig die Möglichkeit zum Datenabgleich zu haben und dadurch AktivistInnen einzuschüchtern und in ihren Aktivitäten einzuschränken.
Zum Umfang der Ermittlungen
Seit Mai 2010 läuft offiziell das Ermittlungsverfahren wegen der Bildung einer Nachfolgeorganisation der militante gruppe. Nach und nach „ermittelte" das BKA mehr Beschuldigte, bis es dann bis heute zu 9 Beschuldigten wurden.
Die „Verdachtsmomente" gehen von Klicks im Internet (Öffnen von Postings zur Veröffentlichung der radikal), über den Kontakt zu weiteren Beschuldigten, dem Checken von lokalen Neuigkeiten, bis hin zum Einsetzen von Mantrailing Hunden.(1)
Ermittelnde Behörden waren die verschiedenen Landeskriminalämter, das BKA, sowie diverse Verfassungsschutzbehörden. Der aktuelle Umfang der Akten beinhaltet 13 DVDs. Auf einer DVD befinden sich ca. 10 Ordner á 500 Seiten. Dabei sind viele Dopplungen enthalten, sowie tausende von Anträgen zur Genehmigung von Überwachungen etc. Dazu kommen noch 22 weitere Ordner, die zeitweise nur bei den jeweiligen Amtsgerichten einzusehen waren. Teilweise seit 2009 wurden einige der Beschuldigten umfangreich ausgespäht: Internet, Telefon und Handy von Beschuldigten wurden überwacht und ausgewertet. D.h. es gibt Aufzeichnungen und Auswertungen von Telefonaten, SMS, besuchten Homepages und E-Mails. Erhoben wurde auch welche Suchwörter die Beschuldigten bei Google eingaben und wer wann auf welche Mailkonten zugriff, wobei versucht wurde die Passwörter auszulesen. Private Mailkonten bei gmx wurden „beschlagnahmt" und gespiegelt.
Es wurde versucht Tor-Verbindungen (also anonymisierte Internetverbindungen) nachvollziehbar zu machen, woran das BKA, genauso wie an PGP verschlüsselten Mails, laut eigenen Aussagen scheiterte.
Darüber hinaus wurde an eine Mailadresse, die der „radikal" zuzuordnen sei, ein Word Dokument versandt, das beim Öffnen die IP-Adresse des Computers melden sollte, sofern der Computer gleichzeitig im Internet ist.
Des Weiteren wurde ein Anfrageersuchen in die USA gestellt, um Informationen über eine E-Mail Adresse, von der angeblich irgendetwas geschickt worden sein soll, herauszubekommen.
Versendet wurden ebenfalls massenhaft stille SMS, um herauszufinden wo sich die Beschuldigten, oder besser ihre Handys, aufhielten. Auch IMSI-Catcher, also Geräte die in einem bestimmten Gebiet alle aktiven Handys darstellen, kamen zum Einsatz.
Zur angewandten Überwachung gehörten auch Personenobservationen. Dabei wurden bspw. Leute in Cafés beobachtet, Analysen ihres Verhaltens erstellt, ihnen gefolgt, und angeblich von den Beschuldigten weggeworfene Sachen wie Zigarettenstummel oder Papierschnipsel aufgesammelt.
Darüber hinaus wurden auch Kameras in Hauseingängen angebracht, sowie Peilsender an Fahrzeugen befestigt, welche dann die Standortdaten der Autos ans BKA sendeten. Dazu kam es zu mehren Anquatschversuchen im Umfeld der Beschuldigten. Bei allen Maßnahmen scheinen sog. Metadaten (2) eine immer wichtigere Rolle zu spielen und damit die Frage: Welche sozialen und politischen Muster/Strukturen lassen sich aus der Kommunikation / dem Verhalten der Nutzer erkennen?
In Erklärungen zu Aktionen der RAZ, sowie in Texten der klandestinen Zeitung „radikal" wurden Formulierungen, die Verwendung bestimmter Begriffe, Rechtschreibfeh-

ler, die Art zu gendern und andere Auffälligkeiten in den Texten untersucht.
Das gesamte Ausmaß ist momentan nicht wirklich zu überblicken, ebensowenig was daraus wird. In erster Linie scheinen sich die Verdachtsmomente aber auf sog. „nachrichtendienstliche Erkenntnisse" zu stützen, die nicht weiter benannt werden.
Aktuell ist es nicht abzuschätzen wie das Verfahren weitergehen wird.

Solidarität
Das Ausmaß der Überwachung und die Repression macht die Notwendigkeit umso deutlicher ihren Angriffen unsere geschlossene Solidarität entgegenzusetzen.

Weitere Infos unter: www.soligruppe.blogsport.eu und www.political-prisoners.net

Vio.Me. – Diese Ausbeutung ist nicht mehr verhandelbar

Am Sonntag, den 24.11.2013, fand in der Honigfabrik in Wilhelmsburg eine Veranstaltung mit Leuten aus der selbstverwalteten besetzten Fabrik Vio.Me. (Viomixaniki Metalleftiki) in Thessaloniki/Griechenland statt. Nach einem halbstündigen Film zur Geschichte der Besetzung und Selbstverwaltung von Vio.Me. folgte eine Darstellung der aktuellen Lage und eine rege Fragen- und Diskussionsrunde mit den ca. 50 Anwesenden. Hier eine Stellungnahme von einigen Leuten, die die Veranstaltung mitorganisierten, als inhaltliche Ergänzung zum Thema.

Vio.Me. – Diese Ausbeutung ist nicht mehr verhandelbar, deshalb haben wir Raum, Zeit und Leben neuen Sinn verliehen.
Die Fabrik Vio.Me. in Thessaloniki/Griechenland ging am 12.2.2013 in Arbeiterhand und läuft seitdem selbstorganisiert durch die ArbeiterInnenvollversammlung, welche die Fabrik übernommen hat. Seit Mai 2011 unbezahlt, satt an unerfüllten Versprechen seitens der Bosse und mit einigen Kollegen auf der Seite der Bosse, entschieden sie sich durch die Vollversammlung die Fabrik zu übernehmen, anstatt sich der Arbeitslosigkeit auszuliefern. Es gab weder Gehalt, noch Abfindungen und die Bosse hatten die Fabrik im Stich gelassen.
Seit der Besetzung hat Vio.Me. unzählige UnterstützerInnen und SymphatisantInnen in- und außerhalb Griechenlands gefunden. Viele sehen in diesem Projekt nicht nur eine würdevolle Lösung gegen ein bloßes Über-Leben, sondern erkennen auch die Rolle, die solch ein Projekt in Zukunft spielen kann, wenn es um die Selbstverwaltung des Lebens, des Raums und der Zeit geht, da solch ein Projekt die Gegensätze Boss-Arbeiter, Ausbeuter-Ausgebeuteter aufhebt. Dieses Projekt ist in der Praxis eine Anzweiflung des gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Systems, ein Dekonstruktionsprozess zum Umsturz bürgerlicher Institutionen und Herrschaft. Außerdem ist es ein Beispiel, das jeder nachmachen kann, unabhängig von seiner gesellschaftlichen Rolle. Für uns ist nicht die Arbeiterklasse die Avantgarde und nicht das Proletariat das revolutionäre Subjekt. Die Besetzung und Selbstverwaltung eines Ortes/Raums kann als Hebel zur Bildung des Bewusstseins, der Erweckung und des Aufstands von verschiedenen Bevölkerungsschichten fungieren.

Kapital, strukturelle Krise, Lohnarbeit und Selbstverwaltung
Die strukturelle Krise der kapitalistischen Produktion, die seit den 70ger Jahren anfing, intensiviert sich mit jedem Versuch weltweit aus der Krise raus zu kommen. Das kapitalistische System befindet sich heute in einem Zwiespalt. Sein Untergang oder sein Überleben - entweder wird es zusammenbrechen und somit die Menschheit und die Natur von seiner makaberen Existenz befreien, oder es wird sich im Stillen umstrukturieren und zurückschlagen und die gesellschaftlichen Kräfte weltweit zum Ersticken bringen.
In Griechenland findet ein großes politisches Experiment statt, welches sich auf ganz Europa ausbreitet und auf welches sich Staat und Kapital stützen werden, um weitere Angriffe auf die Gesellschaft vorzunehmen.
Vio.Me. in Griechenland, die Keramikfabrik ZANON in Argentinien, die Webfabrik KAZOVA in der Türkei und kürzlich die Fabrik IMPA in Argentinien haben die Räume und Produktionsmittel übernommen, statt um die Bedingungen ihrer Versklavung zu verhandeln. Sie gewinnen aber fordern auch ihre Würde, sie treten entgegen der Lohnarbeit, die gleichzustellen ist mit: alltäglicher Demütigung, Entmutigung, Routine, Ausverkauf von Körper und Seele, Arbeitsunfällen und nicht getroffenen Arbeitsschutzmaßnahmen, mit Stress verbundener Produktion von Gütern an kameraüberwachten Arbeitsplätzen, Intensivierung und Automatisierung in einem Alltag, in dem das Leben zu einer sinnlosen Abfolge von Produktion und Konsum geworden ist. Last but not least, treten solche Projekte, wie das von Vio.Me. entgegen den 'verkauften' Gewerkschaften und den Gewerkschaftsbossen, die nicht die Lösung, sondern Teil des kapitalistischen Systems sind.
Und all das erreichen diese Menschen mittels flacher Strukturen, Vollversammlungen und direkter Aktion gegen Bürokratie, Hierarchie und zentralistischen Strukturen, Strukturen die in enger Beziehung stehen zu dieser kommerzialisierten und autoritären Welt, die nichts mit unserem Ziel der Emanzipierung gemein haben.
Die Geschichte hat gezeigt, dass ähnliche Versuche und Projekte nur kleine befreite und selbstverwaltete Inseln innerhalb des kapitalistischen Systems geblieben sind und öfters von den Strukturen dieses Systems zerstört wurden, obwohl sie Wirtschaftsbereiche abdeckten, die das Kapital zuvor als nicht mehr tragbar eingestuft hatte. Deswegen ist es wichtig, dass sich solche Projekte vervielfachen und sich mit breiten gesellschaftlichen lokalen und sonstigen kraftvollen und unkontrollierbaren Kämpfen verbinden, die eine aufständische und umstürzende Perspektive haben. Also Kämpfe, die unabhängig sind von irgendwelchen Zünften, Teilbereichen und isolierten Aktionen und die auf eine allgemeine Selbstverwaltung aller Lebensbereiche zielen. Solche Projekte sind wichtige Schritte sowohl um das Ende der Lohnarbeit zu erreichen, welche ein Produkt des Zwangs und der Unterdrückung menschlicher Kreativität ist, als auch Schritte, um die autoritär aufgezwungenen gesellschaftlichen Rollen zu stürzen.
Wir dürfen nicht vergessen, dass die meisten Menschen nicht freiwillig in die Produktion, in die gesichtslosen Märkte, in die allgemeine Geldwirtschaft eingetreten sind, sondern, dass sie dazu gezwungen wurden, um überleben zu können. Die Jagd nach Profit auf Kosten des menschlichen Glücks war schon immer die strukturelle Logik des Kapitalismus.
Vio.Me. und ähnliche Projekte sind ein Funken Hoffnung für uns, die wir unsere Zeit verlieren, um uns auf Jobanzeigen zu bewerben, in Arbeitsämtern Schlange stehen, auf Arbeitslosenlisten stehen,. bei Jobinterviews oder im Sklavenhandel des Arbeitsmarkts Zeit opfern, dort, wo menschliche Kreativität ersetzt wird durch die Produktion der Ware. Dort, wo uns die Zeit aus den Händen gerissen wird, und zu einem lächerlichen Produkt zum Kauf und Verkauf gemacht wurde.

Viel Kraft weiterhin für Vio.Me.!

Lampedusa – über die öffentliche Diskussion zur europäischen Flüchtlingspolitik

Teil I: Die Form der Öffentlichkeit und ihr formeller Inhalt

Das bisherige Flüchtlingsabwehrregime ist überfordert.

Am 3. Oktober 2013 ertrinken mit einem Mal fast 400 Menschen bei dem Versuch, nach Europa zu kommen. Die Presse, die europäischen Regierungen und der Papst sprechen von einer Tragödie, mancher sogar von einer Schande. Genauso wie die großen Hungerkatastrophen in Afrika alle paar Jahre mal die deutsche Öffentlichkeit kurzzeitig beschäftigen, ist dieses Massensterben eine Debatte (bzw. eine Runde an Statements) wert. Jedes Jahr sterben tausende Menschen bei dem Versuch übers Mittelmeer nach Europa zu kommen. Dass es ausgerechnet jetzt zu einer breiten Diskussion kommt, liegt daran, dass die bislang vorgesehenen Institutionen vor Ort mit der Bewältigung der vielen Toten und der traumatisierten Überlebenden überfordert sind. Dass die Politik sich auch drei Wochen danach noch mit dem Thema beschäftigt hat, lag wiederum daran, dass die italienische Regierung die Aufmerksamkeit nutzte, um einige Reformen der bisherigen Arbeitsteilung in der europäischen Flüchtlingspolitik zu fordern.

Die Stunde der „Schicksale"

Die Zeit unmitelbar nach dem Tod der Flüchtlinge ist die große Stunde der „Schicksale". Alle Beteiligten bekommen ein Gesicht, hier geht es um Menschen. Der Stern druckt Fotos ab, die die ertrunkenen Flüchtlinge bei sich hatten, Überlebende dürfen ihre Hoffnungen, Ängste und Traumata detailliert berichten, Fischer und Taucher berichten, wie es ihnen dabei geht, wenn sie von Fischen angefressene Leichen aus dem Mittelmeer holen. Und natürlich fängt jeder Artikel über die Regierenden damit an, wie „entsetzt", „tief betroffen" usw. sie selbst sind.

Erstens weiß die Journaille um das Bedürfnis ihrer Leser: Ein wenig Schauder, der aber auch wohlig sein kann, weil man dadurch im Vergleich weiß, dass es einem trotz der Sorgen um steigende Mietpreise, Lohnsenkung, Arbeitsstress und sonstigen Existenzängsten immer noch besser geht als den Ertrunkenen und ihren Familien. Auch wenn diese Sorgen dadurch freilich nicht verschwinden.

Zweitens ist damit die Folie für alles Weitere gelegt: Was auch immer man aus diesem „Drama" folgen lässt: Es geht im Wesentlichen um individuelle Schicksale, die einem nicht gleichgültig sein sollen.

Damit leistet die Öffentlichkeit zugleich Folgendes: Alles Ringen in der Politik, um neue Maßnahmen, dient angeblich auch diesen individuellen Schicksalen. Wenn dann Schleuser noch besser bekämpft werden sollen, soll es so aussehen, als ginge es der Politik dabei um diese individuellen Schicksale geht.(1)

Teil II: Ursachen, die unterstellten oder hervorgehobenen Probleme und ihre Lösung

In der ersten Presseschau am Tag danach wird die europäische Flüchtlingspolitik hart ins Gericht genommen: Diese Toten hätten nicht sein müssen und es gebe sie nur, weil die Politik ihrer Verantwortung nicht nach gekommen sei. Fluchtursachen, Fluchtwege, Fluchtmittel, Ankunfts- und Aufenthaltsbedingungen, alles wird mit der Betonung herangezogen, da habe die Politik doch was mit zu tun. (2)

Welche Schlussfolgerungen daraus gezogen werden, darum soll es im Folgenden gehen.

Fluchtgründe – also die Situation in den Herkunftsländern

Bürgerkriege

Mit den ertrunkenen Flüchdingen, die vorwiegend aus Eritrea und aus Somalia stammen, kommt das Thema Bürgerkriege auf den Tisch. Diese werden nach dem Motto „so ist das dort" behandelt. Die EU-Länder hätten mit den Bürgerkriegen eigentlich nichts zu tun, bzw. nur insofern, als dass sie nicht genug getan hätten, um die Bürgerkriege zu beenden.

Als ob den EU-Ländern das Vermeiden von Bürgerkriegen ein Zweck an sich wäre. Als ob sie ihren Bezug auf Bürgerkriege nicht nach ihren nationalen Interessenlagen entscheiden würden. Das ist nicht der Fall. Mal stacheln EU-Staaten Bürgerkriege an, weil ihnen die Regierung nicht passt, mal unterstützen sie Regierungen im Bürgerkrieg, weil sie ihnen passen und manchmal warten sie abwägend ab, was sich so Interessantes für eine zukünftige Einmischung ergibt.

Die „Vermeidung von Bürgerkriegen" ist dabei ein guter Titel, um die nationalen Interessen dort mit allen Mitteln der Politik durchzusetzen; mit wirtschaftlicher Erpressung, der Unterstützung von Oppositionsgruppen oder deren Bekämpfung, manchmal auch mit Krieg.

Diktaturen

Es gibt Regierungen auf der Welt, die unliebsame Untertanen misshandeln (Welche eigentlich nicht?). Welche Regierung ihre Untertanen misshandelt, liegt dabei in der Interpretationshoheit der europäischen Regierungen. Eine der EU wohlgesonnene Regierung mag noch so viele Leute wegen ihrer politischen Absichten in den Knast stecken, sie gilt dann nicht als „Diktatur".

Hier ist der ganze Sinn der Asylpolitik angesprochen: Staaten geben denjenigen Menschen Asyl, dessen Herkunftsländern sie einen Unrechtsstatus ans Bein binden wollen, um gegen sie bestimmte nationale Interessen durchzusetzen. Diesen Unrechtsstatus unterstreichen die europäischen Staaten, um so ihre Politik gegen diese Länder als Handeln im Sinne der Menschlichkeit, also eines dem nationalen Interesse übergeordneten weltweiten Wertesystems darzustellen.

Armut

Dass Leute vor Ort unter den erbärmlichsten wirtschaftlichen Bedingungen zurechtkommen müssen, ist für die hiesigen Regierungen einerseits kein Grund, ihnen Zuflucht zu bieten. Anerkannt ist dieser Fluchtgrund andererseits in einer sehr eigentümlichen Art und Weise. Er wird glatt als einer der Hauptgründe ausgemacht, warum sich Leute auf den Weg nach Europa machen.

Warum sind die Leute arm? Es gibt dort zum Beispiel Bürgerkriege, die jede vorhandene erbärmliche Lebensgrundlage oder kleine Entwicklung gleich wieder kaputt machen. Gehe zwei Schritte im Text zurück.

Den Regierungen vor Ort wird Korruption vorgeworfen. Anstatt eine Entwicklung für alle zu befördern, würden sie nur in ihre eigene Tasche wirtschaften. Da kann eine europäische Nation natürlich nur den Kopf schütteln und mehr Transparenz fordern, good governance, sprich gutes Regieren, dafür sollen die Regimes vor Ort sorgen. Diese Forderung ist dann wieder ein guter Titel, das zu machen, was dem eigenen na-



tionalen Interesse entspricht.
Warum Regierungen in Ländern, deren heimische Ökonomie kaum Erträge einbringt, um den Staatsapparat zu unterhalten, die Tendenz haben, alle möglichen Geldmittel bei sich zu konzentrieren und sich dafür auch locker über selbstgemachte Gesetze hinwegsetzen; warum solche Regierungen Klientelpolitik machen, als einziger Weg, um sich wenigstens eine kleine loyale Gefolgschaft zu beschaffen, darüber haben wir anhand des Beispiels Mali geschrieben. (3) Dort ist auch ausgeführt, worum es sich bei dem Anspruch „good governance" handelt: Es soll so regiert werden, dass die Machtwechsel nicht zusätzlich die Staatsgewalt schwächen. An Staaten, aus deren Gesellschaft mit Notwendigkeit immer wieder der Drang entsteht gegen die aktuellen Machthaber selber an die Macht zu gelangen und dabei nicht selten der Staatsapparat die einzige halbwegs funktionierende Erwerbsquelle in der Gesellschaft ist, wird der Anspruch gestellt: Machtwechsel o.k., aber friedlich!
Es wird aber auch von Seiten europäischer Politiker zur Sprache gebracht, dass äußere wirtschaftliche Interessen für schlechte wirtschaftliche Zustände vor Ort sorgen. Freilich wird auch das durch eine nationale Brille gefiltert:
China betreibt „Land Grabbing"; kauft also vor Ort Land auf, sorgt für die entsprechende Infrastruktur, um dann dort erfolgreich Landwirtschaft zu machen – für die eigenen Zwecke. Böse. Es könnte einem daran auffallen, dass es nicht schwer wäre mit dem gegebenen Stand der Technik in Afrika eine ertragreiche Landwirtschaft zu betreiben -- wenn man das für die Leute vor Ort machen wollte. Dieser Aufwand scheint aber zu hoch zu sein für das nationale Interesse an der Vermehrung des Geldreichtums, da scheinen Frontex und Eurosur vergleichsweise bessere Nebenkosten zu sein.
Europa überflutet die dortigen Märkte mit subventionierten Lebensmitteln und untergräbt entsprechend die dortige Landwirtschaft, die ebenfalls aufs Geldverdienen angewiesen ist. Aus der deutschen Brille wird dann gerne auf Spanien verwiesen, deren Fischereiwirtschaft sich Fangrechte entlang Nord-West-Afrika organisiert hat und damit den Fischern in der Region die Fische wegschnappt.

Weniger ist die Sprache davon, dass eine verarbeitende Industrie aufgrund der Produktivkraftüberlegenheit der westlichen Firmen in vielen Teilen Afrikas von vorneherein keine Chance hat. Dass der Westen da auch nichts anbrennen lässt, wenn die Staaten verschuldet und vom IWF abhängig sind und von demselben aufgedrückt bekommen, hier keine kostspieligen nationalen Projekte voranzutreiben und gleichzeitig den freien Handel nicht zu beschränken. So wie die eigenen Subventionen von Lebensmitteln immer weiter gekürzt werden sollen, da der IWF sonst keine weiteren Kredite mehr vergibt. Der Export von Rohstoffen aber, produziert oder abgebaut von westlichen Firmen die eh keine Arbeitskraft vor Ort, dafür aber Landflächen brauchen und verbrauchen (siehe Shell im Niger-Delta), wird als einzig senkrechter nationaler Entwicklungsweg vorgeschrieben.

Mit Blick auf das ganze Elend fordern dann einige europäische PolitikerInnen und JournalistInnen die Entwicklungshilfe auszubauen, die noch nicht umfassend und ausreichend genug sei. Dafür brauche es vor Ort die richtige Regierung (siehe zwei und drei Abschnitte vorher) und so werden immer mehr Gelder der originären Entwicklungshilfe für polizeiliche und militätrische Zwecke umfunktioniert. Aber auch abgesehen davon, sorgen Schulen vielleicht für mehr Leute, die Lesen und Schreiben können, die dann aber ökonomisch gar nicht gebraucht werden, weil eine nennenswerte Industrie vor Ort aufgrund der überlegenden Konkurrenz des Westen eh nicht entsteht. Zugleich sorgt der Westen dafür, dass der einzige vorgesehene Weg für eine Existenz das Geldverdienen bleibt.

Fluchtwege

Die Fluchtwege, vor allem durch die Sahara, sind hart und gefährlich, wobei überwiegend unterschlagen wird, dass es natürlich viel einfachere Wege gäbe – Flugzeuge und moderne Schiffe, wie jeder Tourist sie benutzt. Der Konsens unter den europäischen Regierungen besteht dann darin, dass die Leute , wenn sie denn schon fliehen müssen, in der Region bleiben sollen. Dafür unterhält sich die Staatengemeinschaft ein Flüchtlingshilfswerk der UNO. Ikea darf da gerade neue 1000 Euro-Kleinhäusercontainer statt Zelte Probetesten, damit die Leute in der Region in den Massenflücht-

lingscamps bleiben (Ist dem Spiegel ein Artikel wert in der Ausgabe vom 21.10.2013 nach dem Motto – guck mal, das was du als Steckbaukasten zu Hause hast, darin leben jetzt vielleicht zukünftig Flüchtlinge in Afrika).

Sahara-Anrainer einbinden

Die Flüchtlinge vor den europäischen Grenzen müssen an diversen Grenzposten vorbei, dafür sorgt vor allem die EU. Irgendwie immer wieder erwähnt, aber keiner weiteren Verwunderung wert, wird berichtet, dass Italien mit Gaddafi ein Abkommen hatte, in dem Libyen sich verpflichtete, die Flüchtlinge im eigenen Land abzufangen. Solche Abkommen versucht die EU seit langem allen Sahara-Anrainern mit wirtschaftlicher Erpressung nahe zu bringen. Darin erklärt die EU ihr „nachbarschaftliches“ Interesse an dem Ausbau der Grenzsicherung in den nördlichen afrikanischen Staaten. Gaddafi wollte damit ein Stück weit mehr in die westliche Normalität gelangen – der Versuch hat ihm nichts genüczt. Wenn das Abkommen erwähnt wird, dann glatt mit der Empörung, dass Gaddafi das Abkommen nicht mehr einhielt, als die EU Krieg gegen ihn gemacht hat. Er wollte die EU erpressen!

Auf jeden Fall gelten die gewünschten Abkommen als ein Mittel, „Tragödien“ wie Lampedusa zukünftig zu vermeiden. Die Leute würden das Mittelmeer gar nicht erreichen und was in den Flüchtlings-Camps in Afrika los ist, wird schon kein Schwein interessieren, bzw. kann die EU ja nichts dafür, denn das liege ganz in der nationalen Verantwortung der afrikanischen Staaten. (4)



Zu wenig legale Wege

Um überhaupt an die europäische Grenze zu kommen, müssen die meisten Flüchtlinge über das Mittelmeer. Und da sie von keinen vernünftigen Schiffen mitgenommen werden dürfen, müssen sie es illegal mit den abenteuerlichsten Geräten versuchen.

In diesem Zusammenhang kommt das Grenzregirne von Europa deutlicher zur Sprache. Es gibt ein paar kritische Stimmen, die meinen, man müsse mehr legale Arten und Weisen etablieren, auf denen die Leute sicher nach Europa kommen können – das Gerät sei ja vorhanden, wovon nicht nur die modernen Frontex-Schiffe zeugen.

In der Mehrheit kontern die Regierenden schlicht mit dem Argument: 'Wir können nicht alle aufnehmen und wenn man mehr legale Wege eröffnet, dann macht man den Leuten nur falsche Hoffnungen auch bleiben zu dürfen'. Dieser Vorwurf wird dann in der Öffentlichkeit nicht gekontert mit: 'Das ist Heuchelei, ihr wollt einfach was anderes', sondern es wird gesagt: 'Aber ihr seht doch, dass man Flüchtlinge praktisch nicht verhindern kann. Das bisherige System ist unpraktikabel'. Damit wird den Regierenden in ihrem politischen Willen, Flüchtlinge nicht haben zu wollen, Recht gegeben.

Vorerst ist mit dem Machtspruch der Regierenden alles entschieden. Es kann aber sogar sein, dass die Debatte in der politischen Elite weitergeht und dann doch irgendwann ein erweitertes Green- und Bluecard-System herauskommt. Das würde dann für passgenaue Arbeitskräfte für die Nation und für den unerbittlichen Willen sorgen, die Unpassenden draußen zu halten. (5)

Schleuser

Dass verzweifelte Leute selbst mit Schlauchbooten versuchen über das Mittelmeer zu kommen, ist das eine. Das sorgt aber nicht für 300-400 Tote auf einmal. Dafür braucht es schon größere Schiffe und die sind ohne Geld in der heutigen Welt nicht zu haben. Also kommt in der Debatte auch das große Thema Schlepper und Schleuser auf den Tisch. Wo Leute in besonderer Not sind, lässt sich richtig Geld verdienen, das weiß jeder anständige Unternehmer. Und wo das Geschäft illegal ist, lassen sich bei und wegen einem Risiko noch ordentliche Extragewinne machen. Kein Wunder, dass sich in Afrika genügend Leute finden, mit den Flüchtlingen ein Geschäft aufzumachen. Und weil es ums Geschäft geht, ist es auch kein Wunder, dass die Sicherheit des Menschenlebens ein untergeordneter Gesichtspunkt ist, wenn z.B. die Boote mit so vielen Leuten wie möglich vollgestopft werden.

Mit diesen Geschäftsleuten will die EU wiederum nichts zu tun haben – das sind Kriminelle, die irgendwo herkommen – schließlich hat man's verboten.

Nun ist klar, dass das Geschäft auf dem Verbot der EU beruht. Dass die Flüchtlinge so erpressbar sind, ist nicht die Tat der Schleuser, sondern der Staaten, die ihre Grenzen schließen und bewachen. Dass die EU-Staaten samt NATO alle Welt aufs Geldverdienen verpflichtet, statt auf Bedürfnisbefriedigung, könnte einem als Grund einfallen, warum es solche Geschäftemacher gibt. Auch, dass die EU mit den eher dürftigen legalen Geschäftsbedingungen am Südmittelmeer einiges am Hut hat, könnte den Unschuldsgedanken in Zweifel ziehen.

Auf den Kriminellen lässt sich herzlich herumtrampeln und ihre Gleichgültigkeit gegen Mensch und Leben herausstellen. Wieder ist ein Auftrag im Namen der Ertrunkenen kreiert: Europa muss den Schleppern das Handwerk legen. Gut, dass die EU mit Eurosur schon geplant hatte, modernste Satellitentechnik einzusetzen, um das Mittelmeer lückenlos zu scannen. Das Überwachungssystem wurde dann auch eine Woche nach „Lampedusa“ ins Werk gesetzt.

Wenn die verantwortlichen Politiker das Bild von Schleppern zeichnen, denen das Menschenleben egal ist, dann können sie auf tatsächliche Beispiele zurückgreifen. Diese Beispiele werden verallgemeinert, damit sich die EU dann in die Menschenretterpose schmeißen kann und sich so einen tollen moralischen Titel schafft, um das zu machen, was sie will: Hilfe für ungewünschte Flüchtlinge insgesamt zu unterbinden. Das trifft dann eben auch die Verwandten, Freunde oder sonstige Menschen, die schlicht die Flucht schon geschafft haben und versuchen, den Leuten dort, wo sie selber herkommen, Tipps zu geben, wie man es überhaupt nach Europa schaffen kann. Auch diese Netzwerke werden dann mit dem Titel Schlepper versehen und jeder soll sie sich als gewissenlose Mörder vorstellen.

Verbot von Seenotrettung

Im Zuge der 300-400 Toten kommen ein paar Besonderheiten ans Tageslicht. Es gibt glatt eine Strafe für Fischer oder andere Schiffsbetreiber im Mittelmeer, wenn sie illegale Flüchtlinge in Seenot an Bord nehmen. So die italienische Gesetzgebung.

Die italienische Regierung hat den Aufschrei um Lampedusa als Gelegenheit entdeckt, ein wenig mehr Geld von der EU zu fordern und fördert deswegen den humanitären Aufschrei, der durch Europa geht, nach Kräften. Und zwar so, dass sie Deutschland der Gleichgültigkeit bezichtigt, weil es die ganzen angeblichen humanitären Aufgaben an Italien abwälzt.

Die deutsche Seite kontert: Ha, von wegen Humanität, wenn man solche inhumanen Gesetze macht. Die deutsche Regierung selbst, da geht sie mit der deutschen Presse d'accord, könne natürlich nichts für solcherlei nationale Gesetze wie in Italien. Man habe sich auf europäischer Ebene geeinigt, dass diejenigen Länder für die Flüchtlinge zuständig sind, wo sie ankommen (Drittstaatenregelung, mit der sich Deutschland bei Beibehaltung des Asylzweckes, die Kosten und den Aufwand des Asyls einsparen will).

Wie dann die jeweiligen nationalen Regierungen mit den geteilten Pflichten umgehen, da kann Deutschland natürlich nicht mitreden, weil es eben nationale Sachen sind. Deutschland bemüht sich hier derselben Argumentation wie anerkannte und ehrenwerte Großunternehmen, die nichts für das Gebaren ihrer Subunternehmen können.

Ansonsten lautet das Angebot der Stunde: Frontex, also diejenige Institution, die materiell die Festung Europa an den Rändern mit ihrem Militärgerät herstellt und gerade den Grund für die waghalsigen Versuche über das Mittelmeer abgeben, soll sich zukünftig verstärkt für die Seenotrettung einsetzen.

Das Ankommen und Dableiben:

Wer das Mittelmeer überlebt, erreicht Italien, Spanien, Griechenland oder Malta.

Im Zuge der Berichterstattung über die „Tragödie" werden die Lebensbedingungen in den Auffanglagern geschildert. Wieder wird an individuellen Lebensberichten nicht gespart und im Grunde wird auch nichts beschönigt. Lauter traumatisierte Menschen sind auf engsten Raum zusammengepfercht und haben nicht einmal ein Dach über den Kopf.

Wie die Lage in den Lagern funktionalisiert wird

Die italienische Regierung beschönigt hier nichts, weil sie auf Grund dieser Sachlage mehr Gelder und einen anderen Aufteilungsschlüssel für die angekommenen Flüchtlinge auf die Mitgliedsstaaten von der europäischen Union verlangt. Das wird von Deutschland & Co. im Grunde abgelehnt. Italien bekomme genug und solle seinen Pflichten nachkommen. Dabei bezieht sich die deutsche Regierung auf Berichte, dass Italien den Aufwand für die Lager und die Flüchtlinge gar nicht betreiben will. Italien macht seinen eigenen Beitrag dafür, dass die Geflüchteten elende Bedingungen vor Ort haben und lässt sie gerne weiterflüchten – damit sie gen Norden ziehen. Das ärgert Deutschland.

Deutschland macht wiederum den Aufenthalt innerhalb seiner Staatsgrenzen so unangenehm wie möglich (Residenzpflicht, ebenfalls überfüllte Lager und sonstige Schikanen), damit ja kein Hoffnungssignal an weitere potentielle Flüchtlinge im Süden gemacht wird. Über die Aufenthaltsbedingungen der Flüchtlinge wird auf diese Weise die Kostenkonkurrenz für den gemeinsamen Asylzweck zwischen den europäischen Staaten ausgetragen.

Auch die miserablen Lebensbedingungen der Illegalen in Deutschland werden in der Presse nicht verschwiegen, wenn es auch nicht richtig erklärt wird. Im Spiegel vom 21.10.2013 wird ein Illegaler, der sich am Stadtrand von Hamburg auf einer Brache in einem Container ohne fließend Wasser durchschlägt, interviewt. Er sagt, er würde am liebsten zurück nach Afrika, weil dort die Situation doch besser war als jetzt in Deutschland (er kann aber nicht zurück, weil im Herkunftsland durch seine Familie Geld gesammelt wurde, damit er Deutschland erreicht und es wird dort erwartet, dass Geld zurückfließt). Die elende „Lage" der Flüchtlinge in Deutschland, die Deutschland selbst aktiv und bewusst mit herstellt, wird so zum Argument gemacht, sich verstärkt darum zu kümmern, dass sie Europa bzw. Deutschland gar nicht erst erreichen. Das sei dann ein Dienst an den Flüchtlingen und an Europa.



Wie die Lage der Illegalen funktionalisiert wird

Viele Flüchtlinge wissen, dass auf dem legalen Wege in Europa nichts zu holen ist und versuchen sich als Illegale durchzuschlagen. In Gesellschaften, in denen die kapitalistische Produktionsweise herrscht, ist die Armut der lohnarbeitenden Klasse die dauerhafte Grundlage ihrer Botmäßigkeit für das legale kapitalistische Geschäft. Illegale bieten da eine zusätzliche Notlage, die sich fürs Geschäft ausnutzen lässt. So waren und sind Illegale zum Beispiel in Spanien und Italien lange Zeit ein wichtiger Teil der dortigen Ökonomie. Das zeigt sich auch an der Meldung, die in den Medien kursierte, dass Illegale als Saisonkräfte auf spanischen Großplantagen arbeiten und das Pflanzenschutzgift aus Flugzeugen direkt auf die arbeitenden Kräfte abgeworfen wird. (Auch eine Art und Weise die Poren des Arbeitstages zu schließen, wenn es das Kapital nicht aushält, Menschen eine Pause machen zu lassen). (6)

Teil III: Ein Fazit und warum die Politik wen nicht aufnehmen will

Das Resultat der Fluchtursachenanalyse:

Dafür haben die Toten bei Lampedusa gedient: Eine Debatte, in der sich die Öffentlichkeit darüber verständigt, dass die EU erstens mit der elendigen Situation der Flüchtlinge eigentlich nichts zu tun hat,

zweitens aber doch schon eine Menge tut, aber noch nicht genug,
drittens dieses Tun nur im Sinne der Flüchtlinge ist, sowie im Sinne der EU.
Alles Leid wird in einen Auftrag der Politik verwandelt.

Dagegen muss festgehalten werden:
Alles Leid wird in einen Auftrag der Politik verwandelt, die der Grund für dieses Leid ist. Die EU-Staaten wollen nationales kapitalistisches Wachstum und nehmen dafür die Welt in Beschlag und schaffen das politische wie wirtschaftliche Elend, dessen sich Menschen durch Flucht entziehen wollen. Für die EU Staaten sind diese Flüchtlinge eine für ihre Zwecke überflüssige Bevölkerung, die in den Herkunftsländern und erst Recht in Europa stört.

„Wir können ja nicht alle aufnehmen“
In der Debatte gibt es noch ein nicht behandeltes Argument: „Wir können ja nicht alle aufnehmen.“ Dieses Argument liegt fast allen oben bestimmten Debatten über Fluchtwege, Ankommen und Dableiben zu Grunde. Das „Argument“ ist in mehreren Hinsichten verlogen.
Erstens: Wer ist denn dieses „Wir“? Regierungen beschließen, wer rein darf und wer nicht.
Zweitens: Der Satz unterstellt, dass es (auch unabhängig von Flüchtlingen) in dieser Gesellschaft eine kooperative Absprache gäbe, wie man Menschen eine Lebensgrundlage sichern könnte. Die Lohnarbeitenden haben sich aber im Gegenteil nach der Konjunktur und dem Bedarf des Kapitals zu strecken. Nie ist es andersherum, dass die Bedürfnisse der Menschen zum Ausgangspunkt gemacht werden und dann gefragt wird: Wie sollten wir die Wirtschaft dafür einrichten.
Die fehlende Kritik der kapitalistischen Ökonomie ist einer der Gründe, warum linksliberale Bürger selber immer wieder das Argument „man kann ja nicht alle aufnehmen“ implizit oder explizit mittragen. Sie mögen keinen Unterschied in der Frage machen, ob ihr Nachbar ein Deutscher oder ein Mensch ist, der sonst irgendwo her kommt. Sie mögen vollste Empathie mit den Geflüchteten haben. Dem „Argument“ - ja, geht das denn, wenn in den kommenden Jahren 5 Millionen Leute kommen - haben sie nichts entgegenzusetzen, weil auch sie sich dann in den Realismus des „können die Sozialsysteme, die auf den Beiträgen der Beschäftigten beruhen, das tragen?“ hineindenken.
Drittens ist mit der „Integration“ in erster Linie gar nicht das Arbeiten und Wirtschaften gemeint, sondern die politische Forderung, dass die Leute hierzulande Deutschland gegenüber loyal zu sein haben. Hier hat die Politik prinzipiell einen deutlichen Vorbehalt gegenüber Ausländern. Wirtschaftspolitisch wird dieser Vorbehalt bedingt relativiert, wenn z.B. Fachkräfte aus dem Ausland angeworben und ihnen ein Aufenthalt in Deutschland gewährt wird. Flüchtlinge dagegen sind Ausländer, die kein Politiker bestellt hat. Selbst wenn unter ihnen Fachkräfte sind: Sie sind illegal gekommen und das ist erst mal ein deutliches Minus in Sachen Loyalität. Fachkräfte holen sich Staatenlenker anders.
Dass es nicht alleine um die Masse Menschen in Deutschland geht, sondern um solche, von der sich die Politik eine besondere Loyalität verspricht, zeigt sich daran, dass parallel zum „Boot ist voll“-Bild, das dauernde Gejammer darüber besteht, dass „urdeutsche“ Frauen zu wenig Kinder in die Welt setzen.
Nicht nur die deutsche Politik hält (im Ergebnis gar nicht zu unrecht) die Staatsbürgerschaft aufgrund von Blutslinie für ein unschlagbares Loyalitätsprogramm, in dem Leute herauskommen, die das Wohl und Wehe Deutschlands für ihr persönlichstes Anliegen halten. Und diese Identifikation mit der Nation ist dem deutschen Staat wichtiger als kleinliche Berechnungen, wie man wirtschaftlich so über die Runden kommt. Auf die Blutslinie als politisches Loyalitätsprogramm verzichtet kein Staat der Welt, einige – mittlerweile auch Deutschland – kennen daneben noch andere Kriterien der Staatsbürgerschaft.
Flüchtlinge dagegen, die nur wegen der Armut fliehen, sind in diesem brutalen und bedürfnisfeindlichen Gedankensystem unbrauchbar: Sie gehen ja nur weg, weil sie es persönlich besser haben wollen, anstatt alles persönliche Elend in Kauf zu nehmen und ihre Nation tatkräftig zu unterstützen, wie es die Trümmerfrauen einst in Deutschland gemacht haben.
Kurzum: Die Wahrheit von „Wir können ja nicht alle aufnehmen“ heißt: Die um die Nation besorgte Politik will nicht alle und auch nicht viele aufnehmen.
Für das Programm „nationaler kapitalistischer Reichtum“ sterben Menschen rund um und in Europa. Und dieses Sterben wird für dieselbe Politik in der Debatte um Lampedusa fruchtbar gemacht.

Teil IV: Die Arbeitsteilung der deutschen Regierung

Die Regierung:
Weiter so, nur engagierter
Die deutsche Regierung beherrscht das Spiel der Selbstbezichtigung sehr gut: Wir haben bisher zu wenig getan, deshalb sollten wir mehr tun:
Eine Staatsministerin verspricht, dass die Bundesregierung sich mehr dafür einsetzen wird, dass Frontex auch zur Seenotrettung beitragen soll – was natürlich schon längst ein Unterauftrag sei.
Der scheidende Minister für Entwicklungshilfe, verspricht für noch mehr Entwicklung zu sorgen.
Der Innenminister verspricht noch konsequenter die Schleuser zu bekämpfen.
Der Antrag von Italien, dass Deutschland mehr Geld geben soll oder mehr Flüchtlinge aufnehmen solle, wird zurückgewiesen.

Der Bundespräsident:
Rettet die Werte!
Der Bundespräsident Gauck gab gleich am Tag nach der „Tragödie“ den Blickwinkel vor, um den es in der Debatte zu gehen hat: Die Werte von Europa stehen auf dem Spiel. (7) Kurz gesagt: Alle moralischen Titel, in denen sich die nationalen Interessen der EU-Staaten kleiden, sind durch die vielen Toten auf einmal angekratzt. Betroffenheit ist fällig, um zu zeigen, die Werte sind da. Selbstkritik ist fällig, um zu zeigen, wie sehr diese Werte der Grund der Politik seien (und nicht, was die Wahrheit ist: Die Werte beschönigen die machtpolitischen Interessen). (8) Damit das keiner missversteht, erklärt Gauck gleich dazu, wie fehlbar der Mensch an sich sei und der Kampf um die Werte ein ewiger Kampf bleiben wird - also ein naives messen, dass wo gesagt wird, kein Mensch dürfe sterben, auch kein Mensch zu sterben habe, fehl am Platze ist. Und alle politischen Repräsentanten haben sich erneut Mühe gegeben, die Projekte mit dem Namen der Menschlichkeit zu dekorieren. (9)

Die Betroffenen am 03.10.2013 waren nicht die 300-400 ertrunkenen Flüchtlinge. Der Betroffene war der Wertehimmel, mit dem sich das brutale Programm des nationalen Kapitalismus in Europa schmückt. Diesen Wertehimmel galt es zu flicken. (10)

Fußnoten:

(1)Dies verpasst Jan Ole Arps, wenn er im AK vom 15.10.2013 schreibt: „Ekelhaft ist drittens, dass selbst im Tod die Opfer der europäischen Flüchtlingspolitik noch einen identitätsstiftenden Nutzen für Europa haben. Als Flüchtlinge, TeilnehmerInnen einer großen Elendsbewegung, bleiben sie das gesichtslose, leidgeprüfte, dunkle Gegenbild

zum aufgeklärten, entwickelten, demokratischen Europa und bestätigen uns letztlich, wie viel zivilisierter, individueller und vielschichtiger wir EuropäerInnen mit unseren Europäerproblemen sind. Das funktioniert auch deshalb gut, weil es uns die Auseinandersetzung mit der einzelnen Person erspart. So bleibt zum Beispiel Yonas (der jetzt tot ist) ein »Flüchtling«, das schafft Abstand zwischen ihm und uns. Dabei hätte er ebenso gut ein Freund oder Vereinskollege oder nerviger Nachbar sein können. Zumindest auf den Erinnerungsfotos der Toten, die einige Medien veröffentlichten, kann man das zum Glück noch erkennen: ein junger Mann, eine junge Frau, ein Gruppenbild, einer sieht nett aus, ein anderer ziemlich bescheuert - in etwa so wie die Leute auf dem Jahrgangsfotos der eigenen Schule, die super Leute neben den größten Deppen."

(2)Wie sich über Fluchtursachen und Fluchtwege Gedanken gemacht wird, hat von Anfang an eine unangenehme dauerhafte Begleitunterstellung: „Wir können nicht alle aufnehmen" - dazu am Ende des Textes mehr.

(3)https://gegen-kapital-und-nation.org/mali

(4)Es gibt mittlerweile „Mobilitätspartnerschaften" mit den Maghrebstaaten mit dem Ziel Maßnahmen zur legalen und illegalen Einwanderung zu verknüpfen und so mehr Druck auf die Staaten auszuüben. Zudem haben eine ganze Reihe von nordafrikanischen Staaten auf Druck der EU (wirtschaftlich-entwicklungspolitisch) Maßnahmen selbst umgesetzt: Z.B. Gesetz gegen illegale Migration in Marokko (2003). Darüber hinaus gibt es zwei Programme: TACIS (2000-2006 für osteuropäische und zentralasiatische Staaten) und MEDA-programme (für Subsaharastaaten bis von 2002 bis 2004). Darin wurden wirtschaftliche Maßnahmen mit Maßnahmen zur Grenzsicherung verbunden. Jetzt läuft das alles unter dem Titel: „Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument" (2007-2013). Hier wird Entwicklungspolitik mit Grenzpolitik verknüpft durch finanzielle und technische Unterstützung bei dem Ausbau der Grenzsicherung.

(5)Das Prinzip gibt es übrigens schon: in der „Mobilitätspartnerschaft" mit den Maghrebstaaten geht es genau darum Kriterien für legale Einwanderung stärker nach den Bedürfnissen der europäischen Arbeitsmärkte auszurichten: befristet natürlich.

(6)An dieser Stelle geht es darum, wie die Lage der Illegalen für die Debatte um den weiteren Ausbau der Festung Europa produktiv gemacht wird. Natürlich stellt die Behandlung der Illegalen durch das Kapital in Europa selber eine Funktionalisierung dar, auf die manche Regionalpolitiker gar nicht mehr verzichten wollen. Die Treppe der politischen Güterabwägung geht dann so:Erstens stehen alle Ausländer unter dem generellen Verdacht, der Nation gar nicht unbedingt loyal gegenüber zu sein.
Zweitens haben die Staaten gelernt, dass es sich dennoch lohnt, die einen oder anderen Ausländer hereinzulassen, damit sie sich als Arbeitskräfte für die Nation nützlich machen können. Heutzutage vor allem in der Fachkräftemangeldebatte en vouge. Dafür erlässt der Staat gezielte Aufenthaltsrechte und wirbt auch gezielt an.
Drittens: Die Flüchtlinge dagegen hat der Staat nicht bestellt und selbst wenn dort brauchbare Fachkräfte mit dabei sind, will er sie so nicht. Die kann er schließlich gezielt anwerben. (Die Verfechter einer noch menschlicheren Asylpolitik meinen, dass hier doch mehr zu holen sei, wenn sie die Forderung nach mehr legalen Einreisemöglichkeiten mit dem Hinweis auf potentielle Fachkräfte unterstreichen).
Viertens: Noch die modernsten militärischen Flüchtlingsabwehrmaßnahmen zeigen aber:Absolut verhindern kann man die Einreise von Illegalen nicht.
Fünftens: Zunächst gar nicht politisch gewollt, machen sich findige Unternehmer daran, die besondere Notlage der Illegalen für ihr Geschäft zu funktionalisieren.
Sechstens: Politiker vor Ort bemerken oder bekommen es von der unternehmerischen Elite mitgeteilt, dass jetzt vor Ort ein Stückchen Ökonomie entstanden ist, dass erstens einen deutlichen Beitrag zum Wirtschaftswachstum bringt und zweitens ohne Illegale gar oder nicht so gut ginge. Das wird von der Politik anerkannt und ein Auge zugedrückt bei der Verfolgung der Illegalen.
Siebstens: Zugleich widerspricht es dem Stil der bürgerlichen Politik rechtsfreie Räume zuzulassen und so kommt es manchmal dazu, dass ein Teil der Illegalen legalisiert werden. Das ist ärgerlich für die Unternehmen, aber der Nachschub kommt dann ja.

(7)„Wegzuschauen und sie hineinsegeln zu lassen in einen vorhersehbaren Tod, das missachtet unsere europäischen Werte." Gauck am 04.10.2013.

(8)„Wenn wir also nun an das Wunder der deutschen und der europäischen Einigung erinnern, lassen Sie uns immer mit bedenken, dass unser Kontinent trotz aller Fortschritte alles andere als perfekt ist – genauso wenig wie unser Staat und unsere Demokratie. Es bedarf, wir wissen es alle, unseres täglichen Engagements, um dem elementarsten Recht Geltung zu verschaffen: dem Recht auf Leben." ebd.

(9)„Den perfekten Staat oder die perfekte Gesellschaft können wir nicht erwarten, denn der perfekte Mensch ist ja noch nicht geboren, der eine solche Gesellschaft hervorbringen könnte. Wir alle sind Mängelwesen, und das fällt uns öfter auf, als wir es uns wünschen. Wir verkalkulieren uns und wir machen Fehler. Wir machen übrigens nicht nur Fehler, sondern wir laden auch Schuld auf uns. Das Projekt in den Medien kritisiert.gehört zu unserem menschlichen Maß." ebd.

(10)Aus diesem Zweck, den Wertehimmel zu pflegen, erklärt sich auch folgender Zynismus: Während die Überlebenden von Seiten Italiens ein Verfahren wegen illegaler Einreise an den Hals bekommen haben, wurden die Toten posthum zu italienischen Staatsbürger erklärt. Und weil das viele innerhalb von Italien und vor allem Medien kritisiert.

DOKUMENTATION :: DOKUMENTATION :

24.10.2013: HH: Angriff auf Staatsanwaltschaft

Die Staatsanwaltschaft wurde in der Nacht des 24.10. mit Steinen und Farbe angegriffen.
Flüchtende, Suchende, Unzufriedene, Unterdrückte... Wir machen ihnen Sorgen!
Gesetze, Papiere, zu kontrollieren, zu funktionieren, an den Grenzen ein tägliches Morden!
Uniformen in den Straßen, ihre Ordnung zu schützen. Wir müssen uns heute erheben und nicht morgen!

26.10.2013: SPD = Kaputt

In der Nacht zu Freitag wurden in Fuhlsbüttel und Barmbek die Büros der SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Dorothe Martin, Fachsprecherin für Innovation, Tourismus und die Metropolregion, und der Fachsprecherin für Soziales, Ksenija Bekeris, demoliert.

30.10.2013: Farbe auf Ausländerbehörde

Die Markierung dieses Gebäudes ist der Versuch, auf die untragbare Asyl- und Migrationspolitik aufmerksam zu machen.
Leider ist es für die meisten Menschen normal, dass es „Menschen 2. Klasse" gibt, die nicht das Recht haben, überall dort hinzugehen, wo sie hin möchten.
Der einzige Fehler, den diese Menschen gemacht haben, ist am „falschen" Ort und unter „falschen" Umständen geboren worden zu sein. Je krasser eine Situation von Konflikten, Ausbeutung und Umweltzerstörung geprägt ist, desto höher ist der Druck, eine riskante und bereits im Vorfeld illegalisierte Perspektive im neokolonialen Norden zu suchen.
Die logische Konsequenz der europäischen Abschottungspolitik ist, dass Menschen einen Fluchtweg in Kauf nehmen müssen, der nicht nur lebensbedrohlich, sondern auch erniedrigend und traumatisierend ist. Wenn die Menschen diese Wege überleben und ankommen, wird sich mit Hilfe von Behörden und Bullen größte Mühe gegeben, dass es hier keinen Platz für die gibt.
Außer natürlich für schlecht bezahlte, gefährliche oder kriminalisierte Arbeit. Wahrscheinlicher aber ist, dass Menschen, die in die Mühlen des europäischen Asyl- und Aufenthaltssystems gedrängt wurden, in prekären Zuständen u.a. in Containern, Lagern etc. isoliert, entrechtet und entmündigt darauf warten müssen, wieder abgeschoben zu werden. Jene, die von den Behörden teilweise über Jahre hinweg geduldet werden und damit jeden Tag mit einer ungewissen Zukunft konfrontiert sind, können sich noch „glücklich" schätzen.
Das völlig unsachliche Bedrohungsszenario der „unkontrollierten" Migration, die „unseren" europäischen Wohlstand gefährden soll, wird als Legitimationsgrundlage genutzt, Menschen ihre Rechte abzuerkennen, die Grenzen dicht zu machen und billigend in Kauf zu nehmen, dass Tausende bei dem Versuch hier herzukommen, krepieren.
Die konsequente Beteiligung unser eurozentrischen Gesellschaft, die durch den (Neo-) Kolonialismus, die Ausbeutung von Rohstoffen und Arbeitskräften und im Kampf um geostrategische Machtverhältnisse, maßgeblicher Initiator und Verursacher von Zuständen in den betroffenen Ländern ist, wird ausgeblendet und ignoriert.
Dieser Logik folgend legitimiert sich das System permanent selber. Aktuell werden Geflüchtete, die sich nicht stillschweigend von einer menschenverachtenden Politik bevormunden und instrumentalisieren lassen, sondern seit Monaten Widerstand leisten, massiv und gezielt schikaniert. Je konsequenter sie sich für ihre Rechte einsetzen und sich offensiv verhalten, desto nachdrücklicher argumentiert die Politik mit ihren vermeintlich „demokratischen" Handlungsgrundlagen. Es reicht einfach! Bloße Betroffenheit angesichts der vergangenen und andauernden Katastrophen kann und wird an diesen Zuständen nichts ändern. Solange wir weggucken, wird das kapitalistische und rassistische System mit all seinen Strukturen funktionieren, weil wir seine Ursache sind.
Lasst uns aber auch über symbolische Aktionen hinaus Widerstand organisieren. Lasst uns Infrastrukturen aufbauen, die langfristig und über bloße Protestkonjunkturen hinaus fortwirken und bestehen.
Öffnung aller Grenzen. Sofortiger Abschiebestoff. Lager und Residenzpflicht abschaffen.

8.11.2013: Unkontrollierter Spaziergang

Am Abend des 8.11. spazierten ca. 50 Menschen unkontrolliert durch die Sternschanze. Parolen gegen Kontrolle, Bullen und die Abschiebemaschinerie wurden gerufen und gesprüht. Mit Farbe und Steinen wurden Luxussanierungen sowie mehrere Geschäfte angegriffen. Es wurden viele Flyer an die vielen Menschen auf der Straße verteilt. Die Teilnehmer des Spaziergangs zerstreuten sich bevor die Bullen eintrafen.

25.11.2013: Aktionen gegen den Hamburger Senat und die SPD-Spitze (siehe Erklärung)

05.12.2013: Aktion gegen Gentrifizierung gegen Jung von Matt im Karoviertel

Du bist angeschmiert!
JvM, du denkst, du kannst dir still und leise ein Viertel unter den Nagel reißen? Du hast neben den Gebäuden in der Glashüttenstrasse und der Flora Neumann Strasse einen ehemaligen Rinderstall in der Grabenstr gepachtet. Welch glückliche Fügung, dass die Regionale Beratungs- und Unterstützungsstelle Rebus auf Druck der Stadt das ehemalige Schulgebäude in der FN3 verlassen musste und du nun ganz offiziell dein Interesse daran bekunden kannst.
Auf deiner Homepage hast du das Gebäude bereits mit deinem Logo, dem trojanischen Pferd, markiert. Zum 25.10.2012 musste Rebus die Gründerzeitvilla 'Volksschule von 1889' verlassen. Seit diesem Zeitpunkt steht das Gebäude leer. Das passt zu deinen Plänen der Gründung einer sogenannten Academy für Werbe-Nachwuchstalente im Viertel - während gleichzeitig in ganz Hamburg die Wohnungsnot immer größer wird und Freiräume akut bedroht sind.
Wir haben etwas dagegen, dass du noch mehr Raum für deine menschenfeindliche Kampagnenarbeit bekommst, die einzig und allein zum Ziel hat, immer neue Bedürfnisse zu schaffen und so der gesellschaftlichen Zwangsvorstellung von immer mehr Wachstum Vorschub leistet. Vor allem dann, wenn es sich um ein öffentliches Gebäude handelt, welches nicht nur einem privaten Interesse dienen soll. Dies würde den ohnehin schon weit fortgeschrittenen Gentrifizierungsprozess im Viertel weiter fortsetzen. Einen Vorschlag, welch sinnvolle Projekte sich hier statt dessen befinden koennten, findest du an der Tuer der FN3.
Das Vorgehen von Senat und Jung von Matt ist beispielhaft für die Hamburger Politik: die Stadt wird hinter verschlossen Türen unter denen aufgeteilt, die sich am besten verkaufen können. Wir machen

: DOKUMENTATION :: DOKUMENTATION

dieses Gemauschel öffentlich und setzen dieser lautlosen, feindlichen Übernahme eine plumpe Schmiererei entgegen.

01. 12. 2013: Sponti und Farbe bei Olaf Scholz Hamburg/Altona
Am 1.12.13 fand in Hamburg/Altona eine Spontandemonstration für ein Bleiberecht aller Refugees statt. Die Sponti zog über den Ottensener Weihnachtsmarkt mit etwa 70 Teilnehmer_Innen mit den Transparent „Scholz genug gehetzt, Bleiberecht wird durchgesetzt!" und hat ihre Meinung über die zur Zeit geführte Asylpolitik geäußert. Anschließend ging es über eine große Kreuzung bis hin zu Olaf Scholz Wohnung (Schillerstraße.26) . Dort wurde diese von ein paar Bullen versucht aufzuhalten, jedoch erfolglos. Zusätzlich wurde ein Farbbeutel mit roter Farbe gegen das Wohnhaus vom Bürgermeister Olaf Scholz geworfen.
Vom Senat und gerade von Olaf Scholz gibt es keine Zuversicht für ein gemeinsames Bleiberecht es wird nur gesagt „ Das alle einzelnd Anträge bei der Ausländerbehörde stellen sollen, und ihre Fluchtgeschichte schildern müssen". Für diejenigen die ihre Fluchtgeschichte geschildert haben gibt es eine Duldung. Mit verschiedensten gerichtlichen Instanzen kann das ganze bis zu 3 Jahren dauern. Jederzeit könnte die Duldung zurück genommen werden dann wird abgeschoben.
Dies werden wir nicht zulassen wir fordern ein Bleiberecht für alle nach § 23 des Aufenhaltsgesetzes, wie es schon die 111 Anwält_Innen aus Hamburg gesagt haben, den nur das bringt den Lampedusa Flüchtlingen endgültige Gewissheit auf Bleiberecht! Solange das nicht statt findet werden die Proteste auf allen Ebenen weitergehen! Desweiteren rufen wir dazu auf, das Ultimatum vom Berliner Senat nicht einfach so hinzunehmen, denn dieser möchte das Refugees Camp in Berlin bis zum 16.12.2013 räumen! Wir sehen uns spätestens am 21.12.2013 bei der Demo in Hamburg
Rote Flora verteidigen – Esso-Häuser durchsetzen! Gegen rassistische Zustände – Bleiberecht für alle!

05.12.2013: SPD Büro in Hamburg/ Rothenburgsort verschönert!
In der Nacht auf Donnerstag haben wir auf das SPD Büro in Rothenburgsort/ Hamburg mit lila Farbe „Bleiberecht Jetzt" draufgesprayt. Zusätzlich wurden die Fensterahmen und die weiße Tür mit Farbe markiert. Mit der Aktion wollen wir ein weiteres Zeichen für ein Bleiberecht aller Refugees setzten! Schluß mit der Politik die geführt wird gegen die Refugees! Scholz hat genug gehetzt, Bleiberecht wird durchgesetzt!

12.12.2013: Polizeiwache angegriffen
Rund 150 Aktivist_innen versammelten sich gegen 19 Uhr. Lautstark zogen sie Richtung Schanzenstraße und griffen dort einen Streifenwagen an. Andere Vermummte errichteten aus Bauzäunen Barrikaden, zündeten Müllcontainer an. Während die Polizei ihre Kräfte zusammenzog, wanderte das Gros der Demonstrant_innen in Richtung des Polizeireviers an der Stresemannstraße. Hier flogen Steine auf das Gebäude.

19.12.2013: Steine auf Büro von CDU-Abgeordnetem
Auf das Büro des Hamburger CDU-Bürgerschaftsabgeordneten Kai Voet van Vormizeele ist nach Angaben seiner Partei offenbar ein Anschlag verübt worden. In der Nacht zum Freitag hätten unbekannte Täter die Frontscheibe seines Abgeordnetenbüros im Stadtteil Hohenfelde an mehreren Stellen eingeschlagen, teilte die Fraktion mit. Die Polizei bestätigte am Nachmittag den Vorfall. Der Staatsschutz sei eingeschaltet worden. Van Vormizeele ist innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

20.12.2013: Vor der Davidwache auf der Hamburger Reeperbahn wurden in der Nacht sieben Polizeiwagen beschädigt.
Mehr als 300 Vermummte bewarfen die parkenden Autos mit Steinen. Die Autos wurden so stark beschädigt, dass sie abgeschleppt werden mussten, teilte die Polizei am Morgen mit. Am Abend waren in dem Bereich 150 Beamte zusammengezogen worden, um die Davidwache zu sichern. Die Aktivist_innen zogen daraufhin weiter und verteilten sich in den angrenzenden Straßenzügen. Dort setzten sie Mülltonnen in Brand und warfen die Scheiben einer Sparkassenfiliale ein. Am gleichen Abend werden bei der ARGE Kielerstr. zahlreiche Scheiben eingeworfen und die „Academy of Architecture" in der Rainvilleterasse angegriffen.

21.12.2013: Alles kaputt!
Nach schweren Auseinandersetzungen vor der Flora verlagern sich die Krawalle Richtung Reeperbahn. Über Stunden werden immer wieder die Bullen angegriffen und Barrikaden gebaut. In der Nacht geht folgendes zu Bruch: Empire Riverside und das Cooper House, Hotel Hafen Hamburg, Acor Onyx bei den Tanzenden Türmen und das NH Hotel Feldstr., HASPA: Weidenstr., Brauerei Quartier und Wohlwillstr., Bezirksämter: St. Pauli und Eimsbüttel, ARGE: Eimsbüttel und St. Pauli, Messeeingang verliert 20 Scheiben. In der Schanzenstrasse geht der Vodafon-, Hummel-, Budni-, Carhart und American Apparel Laden kaputt. Deutsche Bank Mönkebergstr, Osterstr. und Vodafon Spitalerstr. haben Glassbruch. DHL Autos an der Feldstr. und Hein-Hoyerstr. ebenso Postbank Seiler- und Susannenstr., Aldi und Lidl Eimsbüttel, Edeka und Budni Paul-Roosen-Str., SPD Hoheluft und St. Pauli, Volksbank Schanze, Ziviljustizgebäude, Kauf dich glücklich Bartelsstr., zahlreiche Geldautomaten: alles Kaputt. Die Riverkassematten bekommen Farbe ab. Auch an der Elbchaussee giebt es Ärger (siehe Erklärung). Im Laufe des Abends werden 61 Bullenautos beschädigt, in der Holstenstr. brennt eine Wanne.

29.12.2013: Vermummte greifen Davidwache an
Bereits zum zweiten Mal in nur einer Woche wird die Davidwache auf der Reeperbahn attackiert.



DOKUMENTATION :: DOKUMENTATION :

Aktionen gegen den Hamburger Senat und die SPD-Spitze

Wir haben heute Führungspersonal des Hamburger Senats und der SPD Hamburg angegriffen. Die Häuser folgender Personen wurden mit Steinen und Farbe attakkiert: Jan Pörksen, Staatsrat der Sozialbehörde, Tornquiststraße 49 Michael Sachs, Staatsrat der Behörde für Stadtentwikklung und Umwelt, Bergiusstraße 27 Andreas Dressel, Fraktionsvorsitzender der SPD in der Bürgerschaft, Begel 6.
- - Aktionen gegen den Hamburger Senat und die SPD-Spitze - -
- Krieg, Flucht, Entrechtung: Genug ist genug! -
Jetzt nicht nachlassen und den Aufenthalt für die „Lampedusagruppe" durchsetzen! –

Sozialbehörde:
Noch bevor im Juni 2013 die Flüchtlinge der „Lampedusagruppe" in die S t.-Pauli Kirche und andere Unterkünfte gingen, scheiterten Verhandlungen zwischen der Sozialbehörde und der Nordelbischen Kirche über eine Unterbringung in einer Schule im Stadtteil Langenhorn. Die Sozialbehörde stellte die Vorbedingung einer erkennungsdienstlichen Behandlung und Registrierung aller Personen. Es wurde vermutet, dass hiermit eine zügige Sammelabschiebung vorbereitet werden sollte. Die Kirche lehnte das Ansinnen der Behörde zu diesem Zeitpunkt (noch) ab.
Stadtentwicklungsbehörde:
Ein sehr ähnliches „Spiel" trieb der Staatsrat Sachs im Oktober 2013. In einem Brief an die Bezirksamtsleiterin von Altona koppelte er die Genehmigung zum Aufstellen von Wohncontainern auf Kirchengelände an die Abgabe der Personalien. Die Kirche würde sich der Beihilfe zu Illegalität strafbar machen, wenn sie der Verpflichtung, die Namen und den Aufenthaltsstatus der Flüchtlinge der Ausländerbehörde zu melden, nicht nachkomme. Diesen Drohungen gab die Bezirksversammlung nicht nach. Die ersten Wohncontainer wurden bereits aufgestellt. Allerdings steht eine Abgabe von Personalien zur Debatte.

SPD-Fraktion:
In der SPD-Fraktion sorgt der Vorsitzende Andreas Dressel dafür, dass die Bürgerschaftsabgeordneten dem Diktum des Bürgermeisters Scholz, es gäbe keinerlei Perspektive für die „Lampedusaflüchtlinge" in Hamburg, bedingungslos folgen. Die SPD-Fraktion und auch die Partei stehen nahezu geschlossen hinter der harten Linie von Scholz und Innensenator Neumann. Auf dem kürzlich stattgefundenen SPD-Parteitag in Hamburg Wilhelmsburg haben die SPD-Mitglieder fast ausnahmslos für den Kurs des Bürgermeisters gestimmt.
Aber die SPD und der Senat werden sich bewegen müssen. Denn mit dem zeitlichen Zusammentreffen des Beginns verstärkter rassistischer Polizeikontrollen, um an die Namen der Flüchtlinge zu kommen, und dem Tod von über 400 Menschen, die beim Kentern zweier Schiffe im Mittelmeer ertranken, hat sich eine Protest- und Widerstandsdynamik nicht vorhersehbaren Ausmaßes in Hamburg entwickelt: Allwöchentliche Demonstrationen in der Innenstadt, große Manifestationen nach St.-Pauli Spielen, Ultimaten der linksradikalen Szene an den Senat, Auseinandersetzungen mit der Polizei, Hausbesuche beim mittlerweile streng bewachten Bürgermeister, Besetzung der SPD-Zentrale, Glasbruch an vielen SPD-Büros und Ausländerbehörde, Spontan demonstrationen in einigen Hamburger Stadtteilen, solidarische Aktionen in mehreren Städten in der BRD, die größte Antira-Demonstration der letzten Jahrzehnte in Hamburg am 2.11. ...
Zwar sagt Dressel, dass „die Frage um die Flüchtlinge nicht auf der Straße entschieden wird" und dass „man mehr Brücken nicht bauen kann". Und Innensenator Neumann sieht angeblich „für eine von der „Lampedusagruppe" geforderte Kommission und neue Verhandlungen keine Notwendigkeit". Aber es ist deutlich, dass der Senat von der sehr großen und vehementen Unterstützung des Kampfes überrascht und schon leicht angeschlagen ist. Und die sich solidarisierenden Menschen auf den Straßen ahnen, dass vielleicht mit der Durchsetzung der Forderungen der „Lampedusagruppe" eine Etappe gewonnen werden kann für die noch ausstehenden Kämpfe gegen die Festung Europa.

--Menschen sterben und ihr schweigt, Scheiben klirren und ihr schreit - -
Wir wissen schon, dass die Mainstream-Medien und der Senat unsere Initiative denunzieren werden. Die BILD-Zeitung titelte in Bezug auf die Solidemo von der Flora: „Straßenterror im Namen der Toleranz" und giftete im Kommentar: „Was muss eine stolze Stadt wie Hamburg noch aushalten?" Wir denken, dass diese Stadt noch sehr viel mehr aushalten wird in Zukunft. Eine Stadt, die ihren Reichtum einer mörderischen Kolonial-Geschichte verdankt und z.B. über den Hafen an der Ausbeutung und Verelendung des globalen Südens fett geworden ist. Deren Wohlstand über die Terrormaßnahmen von „Dublin II" und „Frontex" abgesichert wird, au ch auf Kosten von 25.000 (!) ertrunkenen Flüchtlingen im Mittelmeer (eine erste Reaktion auf die letzten Schiffsunglücke war die Aufrüstung der Kriegsflotten). Super ist, dass sich die „Lampedusagruppe" bisher nicht hat spalten lassen. Weder eine massive Desinformationskampagne in den Medien (u.a. wurde eine Trennung der Gruppe kolportiert), noch die ultimativen Ansagen des Senats, weitere „Zugeständnisse" werde es nicht geben, haben zu einer Beendigung der Proteste geführt. Ein von der Nordelbischen Kirche und der Hamburger Bischöfin mit der Innenbehörde ausgehandeltes vermeintlich „faires" und alternativloses Einzelfallverfahren wird von der überwiegenden Mehrheit der „Lampedusagruppe" abgelehnt. Sie sieht darin lediglich ein Spiel auf Zeit, ohne wirkliche Garantien. Die Gruppe kritisiert die Bevormundung durch die Kirchenführung sowie die Verhandlungen über ihre Köpfe hinweg und verlangt weiterhin direkte Gespräche mit dem Senat.
Wir fordern alle auf, in ihren antirassistischen Anstrengungen jetzt nicht nachzulassen. Bleibt in Bewegung! Nutzen wir die Adventssamstagsdemos in der Innenstadt um zu zeigen, dass wir nicht die Meinung des Einzelhandels teilen, jeder Kunde solle ungestört einkaufen können.

- Für eine kraftvolle Demonstration am 21.12.2013! - Fight Fortress Europe! - Grenzen auf für Alle! -

Hamburg, 25.11.201

: DOKUMENTATION :: DOKUMENTATION

An der Elbchaussee

Im Anschluss an die international und bundesweit mobilisierte Demonstration für die Verteidigung der Roten Flora, den Erhalt der Esso-Häuser und für die Durchsetzung des Aufenthalts für alle Flüchtlinge in der BRD haben wir die Elbchaussee zwischen Liebermannstrasse und Hohenzollern¬ring mit Barrikaden stillgelegt. Dafür haben wir Baustellenmaterial, brennende Reifen und teure Autos auf der Straße quergestellt. Parallel wurden mehrere angrenzende Villen und ein Bürokomplex mit Farbe und Steinen ramponiert und die dazugehörenden Luxusautos zerstört.
Die Elbchaussee ist in Hamburg nicht "irgendeine" Straße. Sie hat die Funktion der Hauptverkehrsader für die "high society" dieser Stadt. Morgens schlängeln sich Luxusfahrzeuge in großer Anzahl in die Büros der City, abends zurück. Sie gilt als eine der ersten Wohnorte der Stadt und ein großer Prozentsatz der 42.000 Hamburger Millionär_innen wohnt in den Elbvororten, Othmarschen, Nienstedten, Flottbek und. Blankenese. In Nienstedten liegt das Durchschnittseinkommen mit 170.000 Euro elfmal höher als auf der Veddel.
Wir haben exemplarisch drei Villen und ein Büro angegriffen, deren Besitzer_innen für Unterdrückung und Ausbeutung in Hamburg, der BRD und international verantwortlich sind.

Beispiel für: Zerstörung von Stadtvierteln, der Vertreibung ihrer Bewohner_innen, menschenunwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen von Arbeiter_innen in Brasilien, Russland, Südafrika ...

Elbchaussee Nr. 139 und 137:
Sitz des Architekturbüros von Gerkan, Marg & Partner (GMP) und Wohnhaus von Gerkan.

Im Juni dieses Jahres gingen während des Confederation Cups in Brasilien hunderttausende von Menschen auf die Straßen. Angestoßen von Protesten der "Recht auf Stadt"-Bewegung, Anarchist_innen und dem Movimento Passe Libre (MPL, die für den kostenlosen öffentlichen Trans¬port kämpfen) legten sie das öffentliche Leben in Brasiliens Metropolen nahezu still. Sie blockierten Verkehrswege, besetzten Regierungsgebäude und lieferten sich vor den Fußballstadien Straßenschlachten mit der Polizei. Denn neben Fahrpreiserhöhungen, einer nachvollziehbaren Unzu¬friedenheit mit ihren Lebensbedingungen im kapitalistischen Wahnsinn, richteten sich die Proteste gezielt gegen die Verschwendung exorbitanter Summen, welche für die Ausrichtung der Männerfußball WM 2014 und der Olympischen Spiele 2016 im Land ausgegeben werden. Ca. 11 Milliarden Euro für die Fußball WM und nochmal fast genauso viel für die Olympiade. Als Folge der "Aufwertung" durch die Sportgroßveranstaltungen werden z.B. in Rio Favelas zerschlagen, hunderte Häuser, die ohne "Eigentumstitel" errichtet wurden, dem Erdboden gleichgemacht und Menschen mit geringem Einkommen vertrieben. Mit Milliarden aus staatlichen Subventionen wird ähnlich wie in den Hafenstädten Europas die Hafenzone Rios in einem aufgeblasenem Public Partner Partnership umgemodelt. Für Investitionssicherheit sorgen die Unidades de Policia Pacificadoras UPP (Polizei¬einheiten zur Befriedung der Favelas), die fest in den Vierteln statio¬niert werden, finanziert von Industrie, Banken und Immobilienbranche.
GMP zeichnen verantwortlich für die Planung der Stadien in Manaus und Brasilia, Investitionsvolumen 200 Mio. und 350 Mio. Euro. In beiden Städten existieren keine bedeutenden Fußballvereine. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Stadien nach der WM ähnlich wie in Südaf¬rika ungenutzt dahinsiechen werden, ist sehr groß. Marg gibt zu dass die Arenen in erster Linie Prestigeprojekte darstellen, betont aber, dass sie für das Renommee des Büros wichtig sind. Er sagt: "Ich bin ein Teil des Systems. Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert". Mit dieser offenherzigen Einstellung scheut er auch vor einer Audienz bei den Potentaten in Katar nicht zurück. Hier locken. Stadienprojekte. für die Männerfußball WM 2022. In Katar schuften über eine Million Arbeitsmigrant_innen unter erbärmlichen Bedingungen und in sklavenähnlichen Abhängigkeiten. Ihnen werden die Pässe abgenommen, sie müssen in Elendsbehausungen leben und bekommen ihre kargen Löhne oft monatelang nicht ausgezahlt. Die Nepalesische Botschafterin bezeichnete Katar als größtes Open-Air Gefängnis der Welt. Im Sommer starben dutzende nepalesische Arbeiter auf den Baustellen. In Kater wird von Investitionen in Höhe von 105 Milliarden Euro zur Realisierung der Fußballmänner-WM ausgegangen. Schon jetzt entsteht mit Lusail City eine neue Stadt, die als Drehscheibe funktionieren soll, und in der auch die meisten Hotelneubauten und ein Megastadion geplant sind.
GMP spielen in der Championsleague der Stadionbauten mit, 2010 fing es mit drei Stadien für die WM in Südafrika an. Es folgten die Stadien in Kiew und Warschau für die EM 2012. 2014 steht die WM in Brasilien an, für die Olympiade 2016 gab's den Zuschlag für das Schwimmstadion und die



DOKUMENTATION :: DOKUMENTATION

Tennisarena. Für die Männerfußball WM 2018 in Russland hat GMP für vier Stadionneubauten und den Umbau des Olympiastadions in Moskau unterschrieben. Was für beschissene Bedingungen die Arbeiter_innen dort erwarten, kann zurzeit in Sotschi beobachtet werden. Auf dem Rükken von Zehntausenden Arbeitsmigrant_innen aus Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan wird dort die Infrastruktur für die Winterolympiade 2014 aus dem Boden gestampft.

Beispiel für Produktion von Kriegswaffen und Ausrüstung der deutschen Kriegsmarine,
***Elbchaussee 146:* Herbert Aly, Geschäftsführer von Blohm und Voss.**
Letzte Woche wurde bei Blohm und Voss die Taufe der ersten von vier Fregatten des Typs F125 gefeiert. Blohm und Voss stellt im Auftrag von Thyssen Krupp Marine Systems Kriegsschiffe einer neuen Generation her, Stückpreis 660 Mio. Euro. War starts here - let's stop it here!
Ein anderes Geschäftsfeld der Werft ist die Fertigung von Megajachten, Spielzeuge für die Superreichen (z.B. liegt z.Zt. die Jacht des Microsoft Mitbegründers Paul Allen im Dock).

Exemplarisch für Ausbeutung im Betrieb, Klassenkampf von oben:
***Elbchaussee 141:* Krüger, Mitinhaber der Firma Neupack.**
Die Mitglieder der Familie Krüger geben sich gerne als ehrbare Kaufleute. Seit über 50 Jahren gibt es in ihrer Firma, dem Verpackungsmittelhersteller Neupack keinen Tarifvertrag und in Gutsherrenmanier wurde über Entlohnung etc. entschieden. Die Löhne lagen deutlich unter branchenüblichem Niveau, jahrelang gab es keine Lohnerhöhungen. Am 01.11.2012 begannen die Belegschaften der beiden Firmenstandorte Hamburg-Stellingen und Rotenburg einen Streik für einen Tarifvertrag. Es war einer der langwierigsten Arbeitskämpfe in Hamburg seit 1945. Die Familie Krüger beantwortete den Streik und die Blockaden der Betriebe mit dem Einsatz von Streikbrechern mit Unterstützung der Polizei. Zählreiche Aktive wurden abgemahnt oder gekündigt. Krügers versuchten sogar den Streik vom Arbeitsgericht verbieten zu lassen und bezeichneten die Blockaden der Streikenden gegen die Streikbrecher als Krieg. Leider konnten sich die Streikenden mit dem Ziel eines Haustarifvertrages nicht durchsetzen, auch weil die IG Bergbau, Chemie und Energie den Kampf nicht entschlossen unterstützte. So müssen die meisten Arbeiter_innen nun mit Bruttolöhnen um 9 Euro über die Runden kommen, während Krügers weiterhin in Villen mit Elbblick wohnen - das ist nicht richtig so.
Mittlerweile arbeiten 1/3 aller Beschäftigten in Deutschland unter prekarisierten Verhältnissen. Die Zahl der Betriebe ohne Tarifbindung wird weiter anwachsen, die Zahl der Arbeitskämpfe in mittel¬ständischen Klitschen auch. In der aktuellen Krisenpolitik ist es notwendig, diese Kämpfe genauso zu unterstützen wie die Kämpfe in Südeuropa gegen die Diktatur der EZB, EU und IWF.

Zur Unterfütterung der Aktion gegen Gerkan, Marg und Partner wurde am Abend vorher die von ihnen gegründete private Architekturhochschule "Academy of Architecture" aac in der Rainvilleterasse erheblich beschädigt.

Allen Genoss_innen und Freund_innen wünschen wir ein kämpferisches und erfolgreiches Jahr 2014 mit vielen coolen Aktionen gegen Gentrifizierung, gegen Kriegspolitik, gegen böse Bosse, initiativen zur Unter¬stützung der Textilarbeiter innen in Asien, zur Unterstützung der Kämpfe in Griechenland, Spanien und Portugal, eine fetzige EM: Eröffnung in Frankfurt/M sowie solidarische Aktionen zu den Kämpfen in Brasilien während der WM.

Rote Flora bleibt! Den Aufenthalt der Lampedusa-Flüchtlinge durchsetzen!
Senat und Problem-Bären ins Weltall!
21.12.2013, Hamburg



Krawalldemonstration am 21.12.2013

Wir wollen keine Bullenschweine

Der Faschismus hier in diesem Land
Nimmt allmählich überhand
Wir müssen was dagegen tun
Sonst lassen die uns nicht in Ruh'

Wenn ich die Bullen seh' mit Knüppeln und Wummen
Jedesmal sind wir die Dummen
Die nehmen uns fest, stecken uns in den Knast
Doch das steigert nur unseren Haß

Ein Drittel Heizöl, zwei Drittel Benzin
Wie '68 in Westberlin
Diese Mischung ist wirkungsvoll
Diese Mischung knallt ganz toll

Wir wollen keine Bullenschweine

Dies ist ein Aufruf zur Revolte
Dies ist ein Aufruf zur Gewalt
Bomben bauen, Waffen klauen
Den Bullen auf die Fresse hauen
Haut die Bullen platt wie Stullen

Stampft die Polizei zu Brei
Haut den Pigs die Fresse ein
Nur ein totes ist ein gutes Schwein

Ein Drittel Heizöl, zwei Drittel Benzin
Wie '68 in Westberlin
Diese Mischung ist wirkungsvoll
Diese Mischung knallt ganz toll

Wir wollen keine Bullenschweine



*

Flora Termine Januar 2014

Sa 04.01 21 Uhr
Konzert
3 Jahre Konzertgruppe Epic Problem
FUN TOTAL
Punk aus HH mit Leuten aus all deinen Lieblingsbands!
(u.a. Kurhaus, Honigbomber, I found myself in Austin, TX und Solemn League.)
1-2-3 REPEATER, FUGAZI-Cover aus Bonn + Eine weitere Band

Do 09.01. 19 Uhr
Infoveranstaltung + Un-Räumbar
Die Antinationale Trilogie
Der Kapitalismus - Zur Kritik von Eigentum, Lohnarbeit und Kapital
Gruppe gegen Kapital und Nation Hamburg
Im Anschluss wird die Un-Räumbar wie jeden Donnerstag geöffnet haben.

Fr, 10.01. 22 Uhr
Party
Prozesskostensoliparty mit elektronischer Tanzmusik

Do 16.01. 23 Uhr
Party
SubspAce
Techno mit Ira & I
Felix Lorusso + Gast

Fr 17.01. 21 Uhr
Konzert
Björn Peng + Inglorious Bassnerds (Kirmestechno)

Sa 18.01. 22 Uhr
Party
50/50 für die Flora + Lampedusa in Hamburg
Soli-Party mit Punk & Drum'n Bass

Mi 22.01. 21 Uhr
Konzert + DJ-Set
Control Unit (Industrial / Italien)
Matthias Schuster (Minimal wave-elektro / Hamburg)
EPKT (Drone / Noise / E-Gitarre / Hamburg)
DJ-Set

Do 23.01. 20 Uhr
Un-Räumbar

Sa 25.01. 16 Uhr
Party
Soliparty von und für die Hamburger Infoläden
Es wird Nachmittags über die Arbeit der Infoläden und aktuelle Lage informiert und nebenbei kann sich bei Bingo und Quiz amüsiert werden. Abends werden dann die Tanzschuhe ausgepackt und es wird bis in den frühen Morgen getanzt!! tba.



Regelmässige Termine in der Flora

Montag: Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr) - Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr, Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr - Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007) - Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum

Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr

Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr